

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 60 Pf., vierteljährlich 1,50 RM.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 RM., vierteljährlich 4,50 RM. — Gest- und Versammlungseintragskosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsverträge werden nicht angenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Böckum, Bismarckstraße 33-42. Telefon-Nr. 36 u. 39. Telegr.-Adr.: Altkreis Böckum.

Strafandrohung gegen Arbeiter statt Reformen.

Unlängst hat der preussische Bergwerksminister Herr von Sydow in öffentlicher Rede das starke Steigen der bergmännischen Unfallziffern, und, da die berufsmäßige Betriebskontrolle zwecks Unfallverhütung in Preußen-Deutschland faktisch den akademisch vorgebildeten Bergamtsvertretern obliegt, damit das Risiko der Bergarbeiterschaft als Grubenkontrollenre konstatiiert. Was nun geschehen soll, das teilt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ (Nr. 605) in dieser Aufmachung mit:

„Wegen die Unfallgefahren im Bergbau.“

Böckum, 4. Juni. Das Oberbergamt Dortmund geht bei der Beurteilung der Ursachen der Steigerung der Unfälle von der Ansicht aus, daß sich in neuerer Zeit die Notwendigkeit ergeben habe, fremde und ungelernete Arbeiter in großen Massen einzustellen. An einzelnen Stellen wurde demgemäß folgende Bekanntmachung gerichtet:

Die Zahl der durch Stein- und Kohlenfall im Bergbau Nord-Böckum verursachten tödlichen Unfälle hat 1913 die letzten vorangehenden Jahre weit übersteigend, auf 1000 Mann unter Tage 1,20 betragen, d. h. mindestens jeder tausendste Mann hat durch Stein- und Kohlenfall sein Leben verloren. Aus gleicher Veranlassung entfallen auf 1000 Mann unter Tage mehr als 16 Fälle von über vierwöchiger Arbeitsunfähigkeit. Diese hohen Zahlen veranlassen, auf die schärfste Beachtung der betriebsplanmäßigen und bergpolizeilichen Bestimmungen bezüglich Ausbaues und Versages hinzuwirken. Insbesondere werden die Ortsältesten (1) auf die ihnen im § 28 Abs. 4 übertragene Verantwortung der Bergpolizeiverordnung aufmerksam gemacht. Dahin gehört vor allem ihre Sorge für höchsten Vergeversatz in den Streben. Hohlräume im Vergeversatz zu lassen, verstößt gegen § 27 der Bergpolizeiverordnung und wird, ebenso wie Nachlässigkeit im Ausbau, zukünftig die Bestrafung der verantwortlichen Personen zur Folge haben.

Die Bekanntmachung wurde den Grubenbeamten zur Kenntnis gebracht und der Belegschaft durch Aushang bekannt gemacht.

Diese Notiz muß man mehrmals lesen und reiflich überlegen, um die volle Bedeutung des oberbergamtlichen Vorgehens zu begreifen.

Das Oberbergamt erkennt also die „Notwendigkeit“ an, fremde und ungelernete Arbeiter in großen Massen (1) im Grubenbetrieb einzustellen! Die Belegschaftsvermehrung betrifft in der Hauptsache die neueren, auch tiefsten Schächte, in denen der Regel nach der Gebirgsdruck am stärksten ist; daher auch der tödliche Stein- und Kohlenfall am häufigsten eintritt. Außerdem ist hier die Entwicklung der lebensgefährlichen Gase am ausgebreitetsten.

Die in diesen Schächten beschäftigte Belegschaft müßte sich dementsprechend am meisten aus fachmännisch tüchtig geschulten Kräften zusammenstellen. Aber das gerade Gegenteil geschieht! Die Massen ungelerner Arbeiter werden vorzugsweise in diesen gefährlichsten neueren Gruben angelegt!

Nach § 333 der Bergpolizeiverordnung für die Steinkohlenbergwerke, Verwaltungsbezirk des Königl. Oberbergamts in Dortmund vom 1. Januar 1911, dürfen „zur selbstständigen Ausführung von Gauerarbeiten ... nur solche Personen zugelassen werden, die das 21. Jahr vollendet sowie mindestens drei Jahre unter Tage gearbeitet haben und während dieser Zeit wenigstens ein Jahr mit Gauerarbeiten beim Steinkohlenbergbau unter der Aufsicht eines selbstständigen Gauers tätig gewesen sind.“

Wollten die Bergverwalter einmal recht gründlich die Beachtung dieser Vorschrift kontrollieren, so würden sie unzählige Verstöße dagegen entdecken. Aber freilich, nachdem sich das Oberbergamt selbst von der „Notwendigkeit“, sogar in „großen Massen“ ungelernete Arbeiter (auf das „fremde“ ist hier nicht das entscheidende Gewicht zu legen) einzustellen, überzeugt hat, ist die Sorglosigkeit der betreffenden Grubenverwaltungen bei der Beachtung des § 333 der B.-P.-V. nur zu verständlich. Als die Grubenbetriebe weit weniger gefährlich waren wie heutzutage, hat die Bergbehörde besser auf die Beschäftigung betriebskundiger Leute geachtet.

Bei der dritten Lesung des Berggesetzes im preussischen Landtag am 22. Mai d. J. trug Kamerad Sue vor, von welcher „fachmännischen“ Qualität gewisse Streikbrecher auf Kosten des waren. Darauf antwortete der Oberberghauptmann Herr v. Weljen:

„Dann hat Herr Abgeordneter Sue, da ich gerade das Wort habe, sich auf die Rede Gostenbach bezogen, wo eine ganze Reihe von Leuten beschäftigt worden wäre, die als Gauer noch nie in der Grube tätig gewesen wären. Darüber sagt die Bergpolizeiverordnung im Bonner Bezirk im § 184:

„Selbständige Gauerarbeiten dürfen nur solche Personen ausführen, die mindestens drei Jahre in der Grube gearbeitet haben und davon ein Jahr mit Gauerarbeiten beschäftigt gewesen sind.“ (Hört, hört!) Selbständig! — der zweite Absatz des § 184 lautet dann:

„Bei der Aus- und Vorrichtung, dem Abbau und dem Grubenabau muß an allen Arbeitsorten in jeder Schicht wenigstens ein Arbeiter zur selbstständigen Ausführung von Gauerarbeit beschäftigt sein.“

Das heißt mit anderen Worten: wenn vor einer betreffenden Arbeit ein Arbeiter war, der die Qualifikation zur selbstständigen Gauerarbeit hatte — und es sind dort noch andere Leute gewesen, die die Qualifikation noch nicht hatten —, dann hat die betreffende Verwaltung nicht gegen die Bergpolizeiverordnung gefehlt. Ob es sich richtig und zweckmäßig war, soll dahingestellt bleiben. Die Bestimmung der Bergpolizeiverordnung würde, wenn ein Mann an dem betreffenden Orte gewesen ist, der drei Jahre lang Gauerarbeit verrichtet hat, zur selbstständigen Ausführung von Gauerarbeit befähigt war, innewohnend worden sein, und es würden andere Leute hier, haben, beschäftigt werden können, die nicht die Befähigung hatten und die noch nicht in der Grube tätig gewesen waren. Wie gesagt, ob das richtig und zweckmäßig war, ist eine andere Sache.“

Der Herr Oberberghauptmann ließ es danach immerhin noch dahingestellt, ob die übliche Auslegung der Vorschriften über die Vorrichtung der Gauer, richtig und zweckmäßig ist. Wir sind der Ansicht, daß sie die natürlichen

Betriebsgefahren ganz wesentlich erhöht und darum verboten werden muß.

Nun aber bekennet sich ein Königlich Preussisches Oberbergamt sogar zu der Ansicht der Grubenbesitzer, daß es „notwendig“ sei, ungelernete Arbeiter in „großen Massen“ einzustellen! Und das geschieht gleichzeitig mit der Bekanntgabe einer Mahnung zum vorsichtigeren, fachverständigen Ausbau und einer Strafandrohung gegen die „verantwortlichen Personen“!

Als solche werden aber nicht etwa die auf ständige Ermäßigung der Selbstkosten drängenden Aktionäre und Aktienbesitzer, nicht die diesen direkt unterstellten obersten Betriebsleiter genannt, sondern „insbesondere“ — die Ortsältesten! Ingerichtet die Arbeiter, die das Gedinge nehmen müssen wie die Betriebsleiter es diktiert, die Arbeiter werden jetzt „insbesondere“ für die Befolgung der Sicherheitsvorschriften verantwortlich gemacht und mit Strafen bedroht!

Wer die Betriebsverhältnisse, vornehmlich die duldende Stellung des Ortsältesten bei der sogenannten „Gedingevereinbarung“ kennt, wird wissen, warum wir gegen die Bekanntmachung des Oberbergamts den entschiedensten Protest erheben!

Die Kameradschaften haben noch kein wirkliches Mitbestimmungsrecht bei der Normierung der Bestimmungen des Arbeitsvertrages. Den Arbeitern wird der Lohn und das Gedinge aufgezungen und es werden den Kameradschaften dann auch unbezahlte Nebenarbeiten mit ins Gedinge gegeben, die sie in zahllosen Fällen nur sorgfältig ausführen können, wenn sie auf einen auskömmlichen Gedingeverdienst verzichten. Gerade um die jetzige Zeit laufen aus allen Revieren viele Klagen der Arbeiter über reduziertes Gedinge oder Aufbürdung von zeitraubenden Nebenarbeiten ohne Gedingenerhöhung ein. Das Brot ist verteuert, die Löhne und Gedinge sind dagegen gedrückt und was ist natürlicher als das Bestreben der Kameradschaften, zunächst einmal zu versuchen, bei diesem Gedinge einen ausreichenden Lebenslohn herauszuhebeln! Infolgedessen bleiben die Nebenarbeiten zurück oder werden in aller Hast weniger sorgfältig als notwendig ist, ausgeführt. Das ist so natürlich und so bekannt, daß man fragen muß, ob denn das Oberbergamt so betriebsfremd ist und darum nicht wissen kann, daß es auch einen auskömmlichen Gedingefuß vorschreiben und zur Durchführung bringen muß, wenn es den Arbeitern, „insbesondere den Ortsältesten“ die Last der Verantwortung für „dichten Vergeversatz“ usw. aufbürdet!

So wie die Dinge heute (wie wir hervorheben in erster Linie wegen der Uneinigkeit und der Organisationslosigkeit unter den Bergleuten) liegen, bedeutet die Strafandrohung des Oberbergamts die Verfolgung von Menschen, die tatsächlich abhängig sind von dem Gutdünken und den Anordnungen der obersten Betriebsleiter, die wieder im Auftrage der Aktionäre und Aktienbesitzer handeln. Die eigentlichen Verantwortlichen werden frei ausgehen, auf den untersten Beamten und den Arbeitern soll die Verantwortung lasten!

Wie kann der Ortsälteste — vorausgesetzt, daß er selber ein tüchtig geschulter Fachmann ist — die Verantwortung für sorgfältiges Verbaue übernehmen, wenn ihm ungelernete Leute zur Verfügung gestellt und ihm außerdem die zur Zeit wieder stärker vorgenommene Gedingereduzierung aufgebahrt werden? Wie können die Ortsältesten, wie können die Steiger für die Wertsicherheit haftbar sein, wenn ihnen kein genügendes Holz usw. geliefert wird, oder nicht genügend Reparaturarbeiter zur Verfügung gestellt sind? Ob dies geschieht, das hängt von der obersten Betriebsleitung ab, aber diese ist gebadet durch die „Verantwortlichkeit“ der Ortsältesten und der Steiger! Die eigentlichen Schuldigen können sich leicht der Bestrafung entziehen.

Als vor Jahren die große preussische Kommission zur Untersuchung der Ursachen der tödlichen Stein- und Kohlenfälle ihre Berichte herausgab, las man darin, es sei sehr empfehlenswert, den im Gedinge schaffenden Gewinnungsarbeitern möglichst wenig Nebenarbeiten aufzulegen, diese vielmehr, namentlich den Bergverwalter, durch besondere Reparaturarbeiter ausführen zu lassen. Die Bekanntmachung des Oberbergamts trägt dieser sehr beherzigenswerten Empfehlung keine Rechnung, sondern kann eher als ein Anreiz zur Übertragung von Nebenarbeiten auf die Gewinnungsarbeiten empfunden werden. Damit wird so wenig wie mit der offiziellen Erklärung, die massenhafte Anlegung ungelerner Arbeiter sei notwendig, dem Anschwemmen des Blutstroms Einhalt getan.

Die Arbeiter verlangen eine wirkliche Reform der Betriebskontrolle, sie verwerfen die weiße Salbe des Sicherheitsmännergeheßes und fordern von dem Grubenkapital absolut unabhängige Arbeiterkontrollen. Das Steigen der Unfallziffern kann nicht bestritten werden. Statt aber Reformen einzuleiten, erklärt ein Königlich Preussisches Oberbergamt die massenhafte Anlegung betriebsfremder Arbeiter für „nötig“ und bedroht die Arbeiter mit Strafverfolgung für Sünden, für die die maßgebenden Kapitalisten und Betriebsleiter verantwortlich sind. Soweit sind wir nun schon gekommen infolge der verderblichen Gleichgültigkeit innerhalb der Bergarbeiterschaft.

Wir protestieren entschieden gegen das Vorgehen des Oberbergamts! Wir rufen die Bergarbeiter dringend auf zur mannhaften Abwehr einer Maßregel, die letzten Endes darauf hinauslaufen muß, den Arbeitern die Hauptschuld an der Vermehrung der blutigen Betriebsopfer aufzubürden und dann wer weiß wie vielen tausenden Bergleuten schwere Geldstrafen und sogar Gefängnis eintragen wird!

Bergleute, Kameraden, wenn ihr diese Maßregel ruhig, ohne Widerstand hinnehmt, dann wissen die Unternehmer, daß sie mit euch machen können was sie wollen. Nur wehren bringt Ehre!

Berichte der Bergbehörden.

IV.

Im Gegensatz zu den Berginspektoren berichten mehrere Fabrikinspektoren in anerkennender Weise über die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen. So berichtet Geheimer Regierungsrat Mangelndorf in Potsdam:

„Die Bestrebungen auf Verkürzung der Arbeitszeit und Abschaffung der 24stündigen Wechselnächten an den Sonntagen haben auch im Berichtsjahre weitere Fortschritte gemacht. In einigen Großbetrieben haben die Gewerkschaften mit Erfolg auf Einschränkung des Heberstundenwessens hingewirkt.“

Geheimer Regierungsrat Rittershausen in Erfurt berichtet:

„Mit den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter haben die Beamten der Gewerbeinspektion wie früher in Verbindung gestanden und an den Versammlungen der Berufsvereine, soweit es im dienstlichen Interesse lag, teilgenommen. Die Beschwerden des Porzellanarbeiterverbandes, Gnu Thüringen, des deutschen Baderarbeiterverbandes, des deutschen Metallarbeiterverbandes und des Arbeitersekretariats in Erfurt wurden genau untersucht, die vorhandenen Mängel beseitigt und in vier Fällen eine Verurteilung der Gewerbeunternehmer wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung herbeigeführt.“

Im Verhältnis zu der großen Summe sozialer Tätigkeit, die von den Gewerkschaften in aller Stille ausgeübt wird, sind diese Anerkennungen gering. In den Berichten der Bergbehörden aber findet sich darüber überhaupt nichts. Selbst über die gelben Werkvereine bringen die Berichte nur einige kurze Mitteilungen. So berichtet Vergrat Gerlach, Essen II: „Die auf den sämtlichen Bechen bestehenden Werkvereine haben wesentlich an Mitgliederzahl zugenommen, wozu der mihlungene Streik im Jahre 1912 erheblich beigetragen hat.“

Für die „Christen“ wird es besonders erhebend wirken, hier amtlich zu erfahren, daß sie durch ihren Streikbruch 1912 nicht nur den sonst sicheren Erfolg vereitelt, sondern sich auch die gelbe Konkurrenz großgezogen haben.

Geheimer Vergrat Neumann-Werden berichtet, daß von der Belegschaft der Essener Steinkohlenbergwerke A.-G. auf unseren Verband, den „Christlichen“ Gewerbeverein und den gelben Werkverein je etwa 20 Prozent entfallen; das sei „ein Zeichen für den allgemeinen Rückgang des alten Verbandes und für die fortschreitende Entwicklung der auf christlicher und nationaler Grundlage beruhenden Werkvereine.“

Aus der angeblich fortschreitenden Entwicklung der Gelben auf einen Rückgang unseres Verbandes zu schließen, ist doch wirklich gewagt. Hier dürfte offenbar nur der Wunsch der Vater des Gedankens sein.

Vergrat Koepe-Oberhausen berichtet, daß der gelbe Werkverein auf einigen Schachtanlagen der Gutehoffnungshütte (besonders Osterfeld) und auf Concordia festen Fuß gefaßt hat; sein Bestreben sei „bei durchaus nationaler Tendenz in erster Linie darauf gerichtet, Meinungsverschiedenheiten und Differenzen zwischen Bechenverwaltungen und Arbeiterkraft auf gutlichem Wege zum Austrag zu bringen. Er findet das „halb seitens der Bechen tatkräftige Förderung.“

Hier erhalten wir also von Vergrat Koepe amtlich bestätigt, daß die gelben Werkvereine von den Bechen tatkräftig unterstützt werden. Dasselbe berichteten im Vorjahre Vergrat Richter-Goslar und Vergrat Müller-Wattenscheid. Vergrat Richter berichtet: „Die Vergütigungen betreffen ... die Unterstützung der Arbeiterwerkvereine durch Gewährung von Beihilfen, Stiftung von Fahnen“ usw. Vergrat Müller berichtet: „Im Laufe der nächsten Wochen (nach dem Streik. Die Red.) schloß sich dann auf sämtlichen Bechen ein Teil der Belegschaft zusammen, um im Gegensatz zu den Streikorganisationen auf gutlichem Wege und in Einvernehmen mit den Arbeitgebern die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage anzustreben. Zu diesem Zwecke wurden, soweit sie nicht bereits vor dem Streik vorhanden waren, sogenannte nationale Werkvereine auf den einzelnen Bechen ins Leben gerufen, deren Mitgliederzahl in ständigem Wachsen begriffen ist und die von den Bechenverwaltungen durch Zuwendung von Geldmitteln und durch Ratsschläge unterstützt werden. Ob die Tätigkeit der Werkvereine von dauerndem Nutzen sein wird, muß die Zukunft lehren.“

Ob die Gelben angesichts dieser amtlichen Zeugnisse nun noch wagen, ihre Abhängigkeit von den Bechen zu bestritten? Uebrigens scheinen die Gelben die gegebenen Erwartungen nicht erfüllt zu haben, denn sie werden in den Berichten, wie gesagt, nur an einigen Stellen kurz erwähnt.

Und so ausgiebiger aber werden die sogenannten Wohlfahrts-einrichtungen geschildert. Wie in früheren Jahren, wird auch jetzt alles erwähnt, z. B.: Werkwohnungen, zinsfreie Hausbankdarlehen, Schlafhäuser, Kasernen, Speiseanstalten, Volksküchen, Speisehäuser, Haushaltungsschulen, Handarbeitschulen, Kleinkinderbewahranstalten, Kleinkinderkassen, Spielplätze, Brausebäder, Prämienhäuser, Sportplätze, Turngeräte, Rechtsauskunftstellen, Rechtsberatungsstellen, Garten- und Ackerland, Streu- und Düngemittel, Saalfrüchte, Sparprämien, Jugendpflege, Werksparks, Stipendienfonds, Jünglings-, Jugend- und Knappenvereine, gelbe Werkvereine, Vereinigungen der Frauenhilfe, vaterländische Frauenvereine und deren gleichgerichtete Bestrebungen der Charitas, Krankenschwestern, Pflegeheimen, Samariter, Rettungskolonnen, Sanitätskolonnen, Kassekassen, Unterstützungsstellen, Invalidenstiftung, Familienfrankenkassen, Weihnachtsgeschenke, Jubiläumsgeldern, Konfirmationsbeihilfen, Sedan-Kinderscherzen, Erinnerungsmedaillen, Ehrenzeichen, goldene Erinnerungsmedaillen, Uhren, Anerkennungsurkunden, Zeaschäntel, Milchschäntel, Auszeichnung von alkoholfreien Getränken, Bibliotheken, Lesesäle, Bergmannsuniformen, Stiftung von Fahnen, Brennmaterialien, Depulafoble, Brennholz, Zigarren, Kartoffeln, Brot, Weizkohl, Kraut, Kerpel, Zwiebel, Kohl, Möhren, Kürbisse, Seltenerwasser, Mineralwasser, Kaffee, Kaffeebrot, Milch, Bouillon, Seefische, andere Fische, Fleisch, Schweinefleisch, Wurst, Schokolade, andere Süßwaren, Wein, Bier, Spirituosen, etc.

lassen der Befahrungen wird also durch die Berginspektoren hergestellt, und auch das müssen wir wohl beachten, wenn wir über die Berginspektorenberichte ein Urteil fällen wollen.

Schließlich liegt es wirklich nicht im Interesse des arbeitenden und des Gesamtvolkes, wenn eine Bewegung wie die der gelben Organisationen aufgeführt wird, die ja doch nichts anderes sein kann, sein soll und sein soll als eine Schutztruppe der Unternehmer gegen die Arbeiter, die sie schon haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die „Königliche Zeitung“ schrieb dieser Tage über den Alkoholmissbrauch, der auch mit den Betriebsunfällen in Verbindung gebracht wird. Diese Verbindung ist durchaus nicht unnatürlich. In demselben Artikel erklärte die „Königliche Zeitung“:

„Wenigstens hat der Branntweinengenuss in den Arbeitermassen im Industriebereich seit Jahren stetig, wenn auch langsam abgenommen. Am meisten und schwersten wird dem Schnapsgegnen noch geübt bei den fremden Arbeitern, die hier beschäftigt sind. Nicht zum wenigsten haben zur Milderung des Branntweinmissbrauchs die freien Gewerkschaften mit ihrem Schnapskonkurrenz beigetragen.“

(Hört, hört! bei den Soz.) Und diese freien Gewerkschaften werden von den offiziellen Gewerkschaften auf äußerste verfolgt, werden für politisch erklärt, man will ihnen die Einwirkung auf die heranwachsende Jugend entziehen, während man den Organisationen, die unter dem Schutz des Unternehmens stehen, alles gestattet, auch wenn sie noch so parteipolitisch vorgehen. Also die selbstständigen Arbeiterorganisationen, die sich um die Bekämpfung der Betriebsgefahren ein Verdienst erworben haben, werden verfolgt und gehetzt; man möchte sie am liebsten erwürgen und zermalmen. Aber das, was wir tun und wollen, wird hier im Hause und in der Presse ein Gerücht verbreitet, das allerhand Erscheinungen leicht erklärlich macht. Unsere Organisationen, die sich um den Boden der gewerkschaftlichen Selbständigkeit streiten, wollen nichts anderes als die wirtschaftliche Hebung der arbeitenden Klasse; und wenn man das glaubt, ist, daß die wirtschaftliche Hebung der arbeitenden Klasse gegen die Interessen der Nation gerichtet ist, nun, dann erkläre man einfach, daß eine Nation, die sich gegen derartige reformatorische Bestrebungen wenden muß, nicht wert ist, zu existieren. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was ist es ferner, wenn solche Gerüchte über die Bestrebungen der organisierten Arbeiter gemalt und in die Presse hineingetragen werden, die nicht zu sprechen haben, das heißt die Lebensgeschichte des Mannes, den man gestern in Bochum zur letzten Ruhe geleitet hat. Noch am Mittwoch hat man gegenüber meinem Freunde Liebschütz, der auch auf die parteiische Behandlung der Gewerkschaften hingewiesen hat, gesagt, seine Anlagen wären Liebschützungen, Klassenjustiz, ungerechte Justiz gäbe es nicht. Ja, wie war es denn in dem

gehört hat; aber er ist nicht genügend unterrichtet. Eine ganze Reihe von Briefen von kleinen Leuten, von Haus und Grundbesitzern ist mir zugegangen, zum Teil weggefallen, die ich während der Ferien durchsehen werde, und in fast allen klinge die Klage weiter: das kann nicht so weiter gehen, wir werden uns gegen die von den Gewerkschaften getragenen, wir ruinieren uns und müssen schließlich das Armenrecht in Anspruch nehmen. Zum Beweise nur ein einziges Dokument, eine eidesstattliche Versicherung, die folgendermaßen lautet:

„Hierdurch bescheinige ich, der Brennereibesitzer und Landwirt Fritz Weiermann, eidesstattlich, daß der Betriebsinspektor Schenck mir vor einiger Zeit persönlich gelegentlich der Besprechung meiner Bergschadenangelegenheiten erklärte, wenn ich mit der Zahlung des von der Besondere Deutscher Berg- und Brennereigesellschaft Konstantin der Große angebotenen Betrages nicht zufrieden sei, so könne ich nur klagen; die Besche, deren Vertreter Herr Schenck ist, werde den Prozeß alsdann so lange hinaufziehen, bis ich den Spagierhof nehmen und von meinem Hofe spazieren könne, d. h. bis ich mich vermögenslos prozessiert hätte.“

(Hört, hört! bei den Soz.) Ein Brennereibesitzer und ansehnlicher Landwirt gibt diese eidesstattliche Versicherung ab. Glauben Sie nun nicht, daß es die höchste Zeit ist, gegenüber diesem rücksichtslosen kapitalistischen Treiben, dieser Terrorisierung der wirtschaftlich Schwachen und Angedrückten durch die Reformierung der entsprechenden Gesetze? Die Stimme des kleinen Mannes, des Arbeiters, die Stimme des Kleinbauern, des Haus- und Grundbesitzers, unter denen sich gerade noch diejenigen Elemente am meisten finden, die an der Aufrechterhaltung der sogenannten „besten dieser Welten“ ein Interesse haben, wird von der Regierung nicht gehört. (Hört, hört! bei den Soz.) Wenn regieren voraussetzen heißt, dann haben wir keine Regierung. (Sehr gut! bei den Soz.) Ich halte es eigentlich für das Beste, wenn das Bergwerk- und Schienenministerium in das Bureau des Zentralverbandes der Industriellen verlegt würde; (sehr wahr! bei den Soz.) die Sache ist dann ganz klar, man weiß dann wenigstens im Volke, was man hat. Das, was die Regierung unter dem Einfluß der Reichsvertretungen in Bezug auf die Beschäftigung der Betennten geantwortet hat, entspricht weitestgehend dem bekannten Grundsatz der zu ihrem Vortritt treibenden Regierung in Frankreich vor der großen Revolution: „Nach uns die Sintflut!“ (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1912.

I.

a) Krankenversicherung.

Das Berichtsjahr 1912 hat der deutschen Arbeiterversicherung eine Reihe von Veränderungen gebracht, die die Vergleichbarkeit ihrer statistischen Ergebnisse mit denen früherer Jahre schon wesentlich beeinflussen. Aus dem Gebiete der Krankenversicherung sind die eingetragenen Hilfskassen und die Landesvereinigten Hilfskassen ausgeschieden, da sie fortan, soweit sie nicht aufgelöst und ihre Mitglieder den Zwangsstellen zugeführt sind, als kleine Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit der Krankenversicherung angesehen werden.

Durch diesen Ausfall der Hilfskassen aus der Statistik hat sich die Gesamtzahl der Kassen stark vermindert. Während 1911 23 100 Kassen gezählt wurden, bestanden 1912 nur 21 650, ihre Zahl ging also um 1450 zurück. Davon kommen 1366 auf die früheren Hilfskassen und der Rest verteilt sich auf die Gemeinde-, Orts-, Betriebs- und Baukrankenkassen. Der Rückgang derselben wurde veranlaßt durch die Zusammenlegung kleinerer Kassen zu größeren Gebilden. Nur die leistungsfähigen Innungskassen blieben von dieser zeitgemäßen Konzentration unberührt. Ein Zeichen für den reaktionären Zug, der die Reorganisation der Krankenversicherung befeuert.

Der Rückgang der Kassen ist nicht ohne Einfluß auf die Zahl der Kassenmitglieder geblieben; diese ist um 401 343, von 13 619 048 auf 13 217 705 gesunken. Auch hier trägt den Hauptteil der Schuld an dem Verlust das Ausscheiden der Hilfskassen, die allein 987 266 Mitglieder zählten und von denen sicherlich nicht alle den Zwangsstellen zugeführt werden konnten. Von den einzelnen Kassenarten haben nur die Baukrankenkassen eine Verminderung der Mitgliederzahl erfahren (von 17 056 auf 13 103), während die übrigen, infolge der Überführung eines Teiles der Hilfskassenmitglieder, einigen Zuwachs erzielten, so die Gemeindeversicherung 24 907, die Ortskrankenkassen 840 128, die Betriebskrankenkassen 272 750 und die Innungskrankenkassen 25 001. Die Zusammenlegung der Kassen hat eine geringe Erhöhung der durchschnittlichen Mitgliederzahl von 589 auf 610 im allgemeinen bewirkt. Bei den Ortskrankenkassen stieg diese Durchschnittsziffer von 1520 auf 1602 und bei den Betriebskrankenkassen von 428 auf 455. Der Anteil der weiblichen Mitglieder ist fortgesetzt im Wachsen begriffen. Auf je 100 männliche Mitglieder kommen bei allen Kassenarten im Jahre 1911 39,2 1912 dagegen 42,7 weibliche Mitglieder.

Betrachtet man die Krankenkassen nach ihren Leistungen, so macht sich durch die Ausschaltung der Hilfskassen ein erheblicher Rückgang der jahresgemässen Unterstützungsleistung bemerkbar. Die Zahl der Kassen, die länger als 26 Wochen Krankenunterstützung gewährten, ist von 760 (1911) auf 642 (1912) zurückgegangen. Bei den Ortskrankenkassen stieg ihre Zahl von 123 auf 132, bei den Innungskassen blieb die Zahl die gleiche (14), bei den Betriebskrankenkassen sank sie von 501 auf 496, während die Gemeindeversicherung und die Baukrankenkassen nicht länger als 26 Wochen unterstützen. Zur Erhöhung der Kassenleistungen hat also die Neuordnung wenig beigetragen.

Etwas besser gestaltet sich die Entwicklung hinsichtlich der Krankengeldhöhe, da im Jahre 1911 12,5 Prozent aller Kassen mehr als 50 Prozent des Lohnes als Krankenunterstützung gewährten, 1912 dagegen dieser Anteil auf 12,8 Prozent stieg. Bei den Betriebskrankenkassen stieg dieser Anteil auf 21,4 Prozent, bei der Gemeindeversicherung ging er auf 0,2 Prozent zurück.

Analog dem Rückgang der Mitgliederzahlen hat sich auch eine Verminderung der Zahl der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfälle eingestellt, die von 5 772 398 auf 5 633 958, also um rund 138 440 gesunken ist. Daß es sich nicht um eine wirkliche Verminderung der Erkrankungsgefahr handelt, beweisen die Verhältnisse, denn auf 100 Mitglieder entfielen 1911 42,4, 1912 42,8 Erkrankungsfälle und 845 bzw. 849 Krankentage. Die Gesamtzahl der Krankentage beträgt 112 249 064 (1911: 115 128 006).

Erheblich zurückgegangen ist dagegen die Zahl der Sterbefälle (1911: 88 227, 1912: 82 894), und zwar ist hier der Rückgang auf ein relatives, da auf je 100 Mitglieder 1911 0,75, 1912 nur noch 0,72 Sterbefälle entfielen. Hierbei sind indes die Sterbefälle in der Gemeindeversicherung nicht eingerechnet, da diese seither keine Sterbeunterstützung gewährt.

Die Durchschnittsdauer eines Erkrankungsfalles mit Erwerbsunfähigkeit hat sich wenig geändert; sie betrug im Vorjahre 19,9 Tage. Bei den männlichen Mitgliedern sank der Durchschnitt von 18,7 auf 18,6 Tage, bei den weiblichen blieb er auf 23,7 Tage stehen.

Zug des absoluten Rückganges der Erkrankungsfälle und Krankentage sind die Gesamtausgaben der Krankenkassen von 469 087 205 Mark auf 481 392 169 Mark, oder von 34,44 auf 36,42 Mark pro Mitglied gestiegen. Die Steigerung ist in der Hauptsache durch die wachsenden Ausgaben für ärztliche Behandlung, Arznei und Heilmittel und Heilanstaltskosten verursacht, die um 5,6 Millionen Mark stiegen, während die Ausgaben für Krankengeld sogar um 2,2 Millionen Mark zurückgingen. So stiegen die Kosten der ärztlichen Behandlung von 83 754 224 Mark auf 85 633 295 Mark, oder von 6,15 Mark auf 6,48 Mark pro Kopf der Mitglieder, die Ausgaben für Arznei und Heilmittel von 53 171 234 Mark auf 54 706 040 Mark, oder von 3,90 Mark auf 4,14 Mark pro Mitglied, und die Ausgaben für Heilanstaltsunterstützung von 51 357 861 Mark auf 53 553 500 Mark, oder von 3,77 Mark auf 4,05 Mark pro Mitglied. Für diese Heilbehandlung mußten die Krankenkassen pro Mitglied 0,87 Mark mehr aufwenden als im Vorjahre. Für Krankengeld wurden dagegen 150 998 441 Mark (11,36 Mark pro Mitglied) gegen 153 582 076 Mark im Jahre 1911 verausgabt. Seit dem Jahre 1886 sind die Ausgaben für Arzt, Arzneien, Heilanstalts- und Heilanstaltsunterstützung von 6,22 Mark auf 12,53 Mark, oder um 101 Prozent gestiegen. Die Vergütungen für Heilbehandlung sind also bei dieser Entwicklung der Arbeiterversicherung wirklich nicht zu kurz gekommen, denn schon übersteigen die Ausgaben für Heilbehandlung diejenigen für Kranken-, Wochnerinnen- und Sterbegeld ganz erheblich.

Ich, und daß werden die Krankenkassen in der Sorge für Kranke und Apotheker so völlig aufgehen, daß für das wirtschaftliche Existenzminimum der Kranken keine ausreichenden Mittel mehr verfügbar blieben. Dann wird man mit größerem Nachdruck darauf hinweisen müssen, daß die Krankenversicherung doch auch eigentlich der erkrankten Mitglieder wegen geschaffen worden ist. Die Ergebnisse der Knappschaftsversicherung erstrecken sich erst auf das Jahr 1911. Es bestanden 160 (im Vorjahre 166) Kassen mit 599 716 (596 598) Mitgliedern. Es wurden 535 621 Erkrankungsfälle mit Krankengeldbezug und 248 558 Krankengeldbezüge gemeldet, so daß auf jedes Mitglied durchschnittlich 0,8 Krankheitsfälle mit 10,3 Krankengeldbezügen entfielen.

Die Knappschaftskassen verausgabten für Krankheitskosten 88 028 230 Mark (pro Kopf 42,28 Mark), wovon 5 575 885 Mark für ärztliche Behandlung und 4 838 061 Mark für Heilmittel (zusammen 10,81 Mark für Heilbehandlung pro Mitglied) und 15 815 108 Mark für Krankengeld (pro Mitglied 20,58 Mark) verausgabten.

Die Einnahmen der Knappschaftskassen beliefen sich auf 48,1 Millionen Mark, die Gesamtausgaben auf 40,0 Millionen Mark, die Vermögensbestände auf 25,28 Millionen Mark.

Die Gesamtzahl der gegen Krankheit versicherten Personen im Deutschen Reich betrug etwa 14,1 Millionen.

Anträge zum neunten Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

(Schluß.)

Zur Tagesordnung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Verbandsvorstand): Auf die Tagesordnung des Kongresses ist die Frage der Betriebsorganisation zu setzen.

Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Wismar-Elsberg): Die Massenstreikfrage auf die Tagesordnung zu setzen.

Deutscher Transportarbeiterverband (Verwaltungsstelle Köln): Auf die Tagesordnung zu setzen: Die Errichtung von Bezirksarbeitssekretariaten.

Landeskommission der hessischen Gewerkschaften in Mainz: Auf die Tagesordnung zu setzen: Die Ausbringung der nötigen Geldmittel für die Wahlen zu den Versicherungsträgern und den Versicherungsbehörden.

Punkt 2 der Tagesordnung.

Nachrichtensbericht der Generalkommission.

Gewerkschaftskartell Marzwerder: Die Generalkommission ist zu beauftragen, zu den Unterabteilungen die Kartellvorstände aus den kleinen Städten mit heranzuziehen. Deutscher Bauarbeiterverband (Zweigverein Köln): Die gewerkschaftlichen Unterabteilungen werden nach wie vor in der selben jährlichen Anzahl abgehalten wie bisher.

Gewerkschaftskartell Marzwerder: Die Generalkommission ist zu beauftragen, für den Regierungsbezirk Marzwerder ein Sekretariat einzurichten mit dem Sitz in Marzwerder, das die Vertretung vor dem Oberversicherungsamt übernimmt. Die Kosten trägt die Generalkommission.

Deutscher Holzarbeiterverband (Zweigstelle Koburg): Der Kongreß wolle beschließen, daß die Kosten für die Bezirkssekretariate von der Generalkommission zu übernehmen sind.

Gewerkschaftskartell Jena: Der Gewerkschaftskongreß zu München wolle beschließen: die Unterhaltungskosten der Bezirkssekretariate werden von den Zentralverbänden, entsprechend der Mitgliederzahl, getragen.

Gewerkschaftskartell Gotha: Die Kosten für die Errichtung der Bezirkssekretariate sind von der Generalkommission zu tragen, welche dieselben wiederum von den Gewerkschaften resp. den Zentralverbänden einzuziehen hat.

Verband der Deutschen Buchdrucker (Ortsverein Koburg): Die Kosten für die durch die Reichsversicherungsordnung nötig gewordenen Bezirksarbeitssekretariate sind von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zu übernehmen. Die hierdurch entfallende Mehrbelastung ist prozentual auf die angeschlossenen Gewerkschaften zu verteilen.

Gewerkschaftskartell Weida (S.M.): Das Kartell verlangt mit aller Entschiedenheit, daß vom 1. Januar 1915 an alle sich nötig machen Ausgaben für das Bezirkssekretariat von den Hauptkassen der Zentralverbände und der Generalkommission aufgebracht werden.

Gewerkschaftskartell Weimar: Der Gewerkschaftskongreß möge beschließen, daß die Kosten für die Errichtung der Bezirkssekretariate, welche für die Vertretung bei den Oberversicherungsämtern errichtet wurden, von der Generalkommission, eventuell von den Zentralverbänden getragen werden.

Gewerkschaftskartell Apolda: Der Gewerkschaftskongreß möge beschließen, die Verwaltungsstellen für das neu eingerichtete Bezirkssekretariat auf die Kasse der Generalkommission zu übernehmen, da die Kassen für die einzelnen Gewerkschaften und das Kartell im allgemeinen enorme sind und die Verwaltungsstellen für das Bezirkssekretariat für jede Gewerkschaft eine Ertragssteigerung bedeuten würde.

Konferenz der Gewerkschaftskartelle im Regierungsbezirk Erfurt: Die Bezirksarbeitssekretariate — deren Notwendigkeit anerkannt ist — belassen die Gewerkschaftskartelle über die Leistungsfähigkeit hinaus. Durch dieselben werden den Kartellen Lasten auferlegt für Vorteile, die nicht nur den Mitgliedern und Gewerkschaften, die keinem Gewerkschaftskartell angeschlossen sind und es auch auf absehbare Zeit nicht sein werden, da die Gründung von Kartellen an das Vorhandensein einer bestimmten Anzahl Gewerkschaften an Orte gebunden ist. Auch durch Schaffung von Bezirkskartellen kann diese Last nicht beseitigt werden. Die Mitglieder dieser zahlreichen Gewerkschaften haben aber in gleicher Weise Anspruch auf Rechtsaufkunft und Rechtshilfe durch das Bezirksarbeitssekretariat wie die in den Kartellen vereinigten Mitglieder. Der Unterchied aber ist, daß letztere die Kosten durch Zahlung der Beiträge tragen, während erstere nicht herangezogen werden können. Die Konferenz richtet daher an den Gewerkschaftskongreß das dringende Ersuchen, durch Beschluß die Unterhaltung der Bezirksarbeitssekretariate der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zu übertragen, um dadurch die Ungleichheit in den Pflichten der Mitglieder zu beseitigen.

Gewerkschaftskartell Mühlhausen i. Th.: Der Gewerkschaftskongreß möge beschließen: In jedem Bezirk eines Oberversicherungsamtes ist ein Bezirksarbeitssekretariat zu errichten. Die Kosten für sämtliche Bezirksarbeitssekretariate übernimmt die Generalkommission, die den dazu erforderlichen Beitrag von den angeschlossenen Zentralverbänden prozentual zu erheben hat.

Kartellkonferenz der Gewerkschaften im Regierungsbezirk Magdeburg: Die am 10. April 1914 in Magdeburg tagende Bezirkskartellkonferenz für den Regierungsbezirk Magdeburg richtet an den Gewerkschaftskongreß das Ersuchen, zu veranlassen, daß die Kosten der Bezirkssekretariate von der Generalkommission übernommen werden. Die Ausgaben der Bezirkssekretariate, die Vertretung der Gewerkschaftsmitglieder vor den Oberversicherungsämtern, die Vorbereitung der Wahlen für die Versicherungsbeamten und Versicherungsbehörden liegen im Interessengebiet aller Gewerkschaften. Deshalb ist eine Übernahme der Kosten durch die Generalkommission und durch die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände nur gerecht, da dann auch die nicht den Kartellen angeschlossenen Gewerkschaften zu den Kosten für die Errichtung der Bezirkssekretariate beitragen müssen.

Gewerkschaftskartell i. Kolberg: Der Kongreß beschließt: Die Generalkommission wird beauftragt, für den Bezirk jedes Oberversicherungsamtes ein Arbeitssekretariat einzurichten. Die Kosten derselben trägt dauernd die Generalkommission.

Wird obiger Antrag abgelehnt, so möge der Kongreß beschließen: Für die Bezirke der Oberversicherungsämter der östlichen Provinzen werden Sekretariate eingerichtet, deren Kosten die Generalkommission dauernd trägt.

Verband der Fabrikarbeiter (Zweigstelle Wauken): Die Generalkommission wird beauftragt, an denjenigen Orten, die sich von Oberversicherungsämtern sind, die baldige Errichtung von Arbeitssekretariaten in die Wege zu leiten, soweit die Gewerkschaften an diesen Orten aus finanziellen Gründen nicht zur Errichtung von Sekretariaten in der Lage sind.

Offener Meineidsprozeß von 1895?

Wurde nicht dort durch eine ungeheure Verleumdung, die gegen den gestern beerdigten Ludwig Schröder und seine Genossen erhoben worden ist, ein Urteil gefällt, in dem 1911 in dem Wiererau, nahenverfahren, das zur glänzenden Rehabilitation des verstorbenen Schröder und seiner Genossen führte, von dem Staatsanwalt selbst gesagt wurde, daß dieser Meineidsprozeß das Unglück gehabt habe, auf das politische Gebiet gejagt zu werden? (Hört, hört! und sehr wahr! bei den Soz.) Dem meineidigen Vorwender Minister wurde alles gesagt, meinen Freunden aber wurde vorgeworfen: ihr seid nicht fähig, einen wahren Eid zu leisten, ihr seid Meineidslichtige, ihr wollt alles gerichten, was edel und gut ist. Auf Grund dieses Zerrbildes erfolgte das Urteil, das sieben meiner Freunde auf zusammen achtzehn Jahre ins Zuchthaus schickte, und durch Folgen dieses furchtbaren Urteils sind Johann Meyer und der jetzt verstorbene Ludwig Schröder schon vor Jahren auf Stichenlager geworfen worden. Ein mitleidiger Tod hat das Opfer dieser infamen Hege gegen die idealen Bestrebungen der Arbeiterbewegung von seinen Leiden erlöst. (Bewegung bei den Soz.) Wenn ich bloß den Namen Ludwig Schröder nenne, der hier im Hause so oft in anderen Sinne genannt worden ist, dann sollte manchen von Ihnen das Herz stärker schlagen, dann sollten Sie sich aber auch fragen: wofür soll es mit der schreyen Ablehnung der Arbeiterforderungen führen, wenn allen Forderungen der Arbeiter auf Einschränkung der Schichtzeit, auf Einführung der unabhängigen Gewerkschaften, auf tatsächliches Mitbestimmungsrecht bei den Knappschaftsämtern usw. ein schroffes Nein entgegengekehrt wird? (Sehr wahr! bei den Soz.) Glauben Sie, daß wir das auf die Dauer ruhig hinnehmen, glauben Sie, daß Sie sich auf die Dauer mit den Bajonetten, die sich in den Händen unserer Kinder befinden, schlafen lassen können, wenn Sie nicht Umkehr halten? (Sehr wahr! bei den Soz.) Glauben Sie, daß nicht wieder der gewaltige Strom, der 1895, vor nunmehr 25 Jahren, durch das Industriegebiet flutete, und in noch gewaltigerem Maße hervorbrach wird? Fahren Sie in der Politik der Verneinung aller Arbeiterforderungen, ja der Verhöhnung der Arbeiterforderungen fort; dann werden Sie gerade in der Brust derjenigen, die am liebsten und ruhigsten über diese Dinge denken, die als Sozialisten dem Menschen eine minderwertigere Rolle bei diesen Geschicknissen zubilligen, als Sie selber es tun, die Erbitterung am stärksten wachrufen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Gegen die Streikenden auf Kostenband, die dem „christlichen“ Gewerksverein angehörten, hat man Schwarze Listen herausgegeben; (Hört, hört! bei den Soz.) man hat den Leuten, die sich um andere Arbeit bemühten, mit Kriachbriefen es unmöglich gemacht, anderswo unterzukommen. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich habe dieses Zirkular, das herausgegeben worden ist am 30. April 1914 von dem Arbeitgeberverband der Saarindustrie, gegengelesen. Dr. Fischer, vor mir liegen. Christlichen Gewerkschaftsmitgliedern jagt man Schwarze Listen und Kriachbriefe nach, den christlichen, die sich doch wirklich alle Mühe gegeben haben, sich die Buneigung der Herren vom Gewerksverband zu erwerben. Wie oft haben die Herren vom Vorstand des Gewerksvereins „christlicher“ Bergarbeiter mit allem Nachdruck einen hohen Grad von Zurechtfernung zwischen Kapital und Arbeit betont; (Sehr wahr! bei den Soz.) wie oft haben sie in ihren literarischen Erzeugnissen die hohe Bedeutung des Unternehmensgefühls gerühmt und ihrerseits den „Klassenkampf“ verneint! Ich glaube, daß die Vorwürfe auf Kostenband, wo man selbst die Bergarbeiter, die sich mit aller Entschiedenheit gegen sozialistische Gewinn ausgeprochen haben, mit Schwarzen Listen verfolgte, dazu beitragen werden, das Solidaritätsgefühl, das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der getrennten Arbeiterschaft wieder stärker zu erwecken.

Für ein Pfui, zugerufen einem Streikbrecher,

bestimmt der Arbeiter Wochen oder Monate Gefängnis, Frauen mit ihren Schülern wurden ins Gefängnis gesteckt, weil sie bei dem Streik 1912 den Streikbrechern Pfui zugerufen hatten. Der Reichsverband darf 14 Tage lang einen Arbeiter an der freiwilligen Arbeit hindern, darf ihn terrorisieren, darf ihn auspeppen, ohne bestraft zu werden. (Sehr gut! bei den Soz.) Wenn ein Unternehmerverband mit Zustimmung der Gerichte Ausperrungen vornehmen darf, und wenn ein Arbeiter schon für ein Pfui oder eine Anrede, die schroff klingen mag, wegen Verleumdung von Arbeitswilligen Wochen und Monate lang ins Gefängnis kommt, dann liegt es doch im Interesse der Rechtssicherheit, daß man das ganze Volk darüber aufklärt, welche Organisations Terrorismus, Verwaltungen straffrei treiben dürfen. So weit sind wir im „Staate der Rechtlosigkeit“ gekommen.

Zum Schluß möchte ich ein Wort sagen über die Ausführungen des Herrn Dr. Hansen über die Bergschadenprozesse. Die Bergschäden sollen nach seinen Ausführungen nicht so unangenehm in ihren wirtschaftlichen Folgen für die Betroffenen sein, wie ich es darstellte. Auch hier muß ich leider sagen: Herr Hansen hat vorgetragen, was in den Akten steht, — ich muß vortragen, was nicht in den Akten steht. (Sehr gut! bei den Soz.) Damit ist ja nicht gesagt, daß das, was Herr Hansen aus den Akten vorzulesen hat, nicht etwa richtig sei. Das ist das, was die Herren von dem, was sich im Volke bewegt, erfahren; und wir erfahren viel mehr. Es dürfte wohl auch Herrn Hansen über inzwischen bekannt geworden sein, daß sich ausgerechnet der Haus- und Grundbesitzerverein in Wanne, also in seinem Wahlkreis, in einer stark besuchten Mitgliederversammlung mit Schärfe gegen seine Ausführungen über die Bergschäden gewandt hat. (Hört, hört! bei den Soz.)

Aus dem Muftrale, das ja nun auch hinsichtlich der Bergschäden durch die Beschäftigung besonders benachteiligt wird, sind mir eine ganze Reihe von Briefen zugegangen, die sich gegen Herrn Hansen richten. Nicht etwa, daß sie ihn beschimpfen oder verächtlichen; haben ist keine Rede. Das habe ich hervor, und ich habe es um so lieber hervor, als ich in dem Hause nicht den Eindruck aufkommen lassen möchte, als ob ich die Ausführungen des Herrn Hansen als wider besseres Wissen aufgestellt werden wollte; darauf denke ich nicht. Ich möchte im Gegenteil den Eindruck erwecken, daß er im besten Glauben

Deutscher Holzarbeiterverband (Zahlst. Baugen): Der Kongress möge die Generalkommission beauftragen, in allen denjenigen Orten, welche Sitz eines Oberverwaltungsamtes sind, Arbeitersekretariate zu errichten, falls solche noch nicht vorhanden sind.

Deutscher Metallarbeiterverband (Zahlst. Baugen): Im Falle jedes Oberverwaltungsamtes von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ein Bezirksarbeitersekretariat zu errichten. Die Kosten hierfür werden von den angeschlossenen Gewerkschaften nach ihrer Mitgliederzahl geteilt.

Deutscher Metallarbeiterverband (Zahlst. Baugen): Um eine wirksame Vertretung der organisierten Arbeiter in der Sozialgesetzgebung vor allen Verwaltungsbehörden zu gewährleisten, ist für jeden Bezirk eines Oberverwaltungsamtes ein Bezirksarbeitersekretariat zu errichten. Die hierdurch entstehenden Ausgaben hat die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands unter gleichzeitiger und erteillicher Heranziehung der einzelnen Gewerkschaften zu den Kosten zu tragen.

Gewerkschaftsartikell Bielefeld: Der Kongress möge beschließen: Die Kosten der Bezirksarbeitersekretariate werden von der Generalkommission übernommen.

Gewerkschaftsartikell Frankfurt a. M.: Der Gewerkschaftsartikell möge beschließen: Zum Zweck der Vertretung in der Sozialgesetzgebung und zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zu den Verwaltungsbehörden ist in jedem Bezirk eines Oberverwaltungsamtes, wo nicht schon durch die vorhandenen Arbeitersekretariate eine Vertretung gewährleistet ist, ein Bezirksarbeitersekretariat zu errichten. Die dadurch entstehenden Kosten trägt die Generalkommission. Bei der Errichtung der Sekretariate sind die Statuten im Bezirk des jeweiligen Oberverwaltungsamtes zu hören.

Gewerkschaftsartikell Stuttgart: Die am 11. Januar 1914 abgehaltene außerordentliche Landeskonferenz der Gewerkschaften in Württemberg und Hohenzollern hält die baldmöglichste Schaffung eines Bezirksarbeitersekretariats für eine unbedingte Notwendigkeit. Die Vertretung der Arbeiter vor dem Oberverwaltungsamt, die Vorbereitung und Durchführung der sozialen Wahlen, wie auch die ständige Schulung der Arbeitervertreter in allen sozialen Körpern, können ohne Sekretariat nicht durchgeführt werden. Die Schaffung derartiger Bezirksarbeitersekretariate ist eine Aufgabe der Gesamtheit der gewerkschaftlichen Organisationen und richtet daher die Konferenz an den nächsten Gewerkschaftskongress das dringende Ersuchen, die Mittel für die Lösung dieser Aufgabe in ausreichendem Maße zu bewilligen.

Gewerkschaftsartikell Schleswig: Die Generalkommission möge auf dem Gewerkschaftskongress für Errichtung eines Bezirksarbeitersekretariats für den Oberverwaltungsbezirk Schleswig-Holstein eintreten.

a) Allgemeine Agitation.

Gewerkschaftsartikell Delmenhorst: Die gewerkschaftliche Agitation, namentlich in denjenigen Gegenden, Industrien und Berufen, deren Arbeiter nicht oder nicht genügend organisiert sind, zu fördern und den Zusammenschluß sämtlicher Zentralverbände zu einem einheitlichen Gewerkschaftsverband anzustreben.

Deutscher Buchbinderverband (Hauptvorstand): Der Gewerkschaftskongress möge beschließen: Die Generalkommission wird beauftragt, jedes Jahr einmal in allen Partei- und Gewerkschaftsorganen Auftritte zu erlassen, durch die Eltern, Vormünder und Erzieher darauf hingewiesen werden, daß es nicht nur Pflicht ist, selbst organisiert zu sein, sondern daß auch alle Familienangehörigen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, der modernen Gewerkschaftsorganisation angeführt werden müssen.

Deutscher Tabakarbeiterverband (Zahlst. Offenbach a. M.): Der Gewerkschaftskongress beschließt: Jeder freigeorganierte Arbeiter und jede Arbeiterin ist verpflichtet, die erwerbstätigen Angehörigen ihren Berufsorganisationen zuzuführen. Wenn dieses nach Aufforderung der beteiligten Organisationen nicht geschieht, dann muß die in Frage kommende Organisation Schritte unternehmen, um dem betreffenden Mitglied sein unolidarisches Verhalten vor Augen zu führen.

Deutscher Tabakarbeiterverband (Zahlst. Hamburg und Bremen):

Resolution.

Ausgehend von der Erwägung, daß der gewerkschaftliche Kampf für Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter um so erfolgreicher ist, je stärker die Berufe mit rüchständigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen mit einer möglichst großen Zahl organisierter Arbeiter beteiligt sind, je einigere Verufen aber die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Beschäftigung zahlreicher, der Organisation fernstehender Frauen und Jugendlichen behindert wird, macht es der neunte Gewerkschaftskongress sämtlichen Arbeitern zur dringenden Pflicht, den Beitritt ihrer Angehörigen zu der für diese in Frage kommenden Gewerkschaft zu veranlassen. Die Vorstände der Gewerkschaften und die Gewerkschaftsartikelle haben in diesem Sinne zu wirken.

Deutscher Tabakarbeiterverband (Zahlst. Alsfeld i. Hessen und Siegen): Alle freigeorganierte organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen sind von ihren Organisationen zu verpflichten, daß sie ihre Angehörigen ihren Berufsorganisationen zuzuführen.

Deutscher Tabakarbeiterverband (Zahlst. Frankfurt a. M.): Der neunte Gewerkschaftskongress beschließt: Alle freigeorganierte organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen sind verpflichtet, ihre erwerbstätigen Familienangehörigen ihren Berufsorganisationen zuzuführen. Im Weigerungsfalle hat die betreffende Organisation, welcher das Mitglied angehört, die Pflicht, die notwendigen Maßnahmen durchzuführen.

Verband der Freizeithelfen (Hauptvorstand): Der neunte Gewerkschaftskongress nimmt Kenntnis von dem Appell der 2. Internationalen Konferenz der Freizeithelfen an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Kulturländer, die Organisationsbestrebungen der Freizeithelfen zu unterstützen.

Der Kölner Gewerkschaftskongress hat bereits die Berücksichtigung des Wunsches anerkannt, die Gewerkschaftsmitglieder möchten die sich ihnen als Kunden der Freizeithelfen bietende Gelegenheit zur Aufklärung der unorganisierten Gefühlen und ihren Einfluß geltend machen, ihnen die Ausübung des Koalitionsrechts zu sichern.

b) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern.

Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Eisenwaren-Nordham): Der Gewerkschaftskongress möge beschließen, daß für die fremdsprachigen Arbeiter alle Vierteljahre aufkündigende Flugblätter herausgegeben werden; diese sind auf Anfordern den in Frage kommenden Verwaltungsstellen zuzustellen.

c) Sozialpolitische Abteilung.

Deutscher Buchbinderverband (Hauptvorstand): Der Gewerkschaftskongress möge beschließen: Die Generalkommission wird beauftragt, durch ihre sozialpolitische Abteilung eine in wünschenswerter Weise korrespondierende herauszugeben, die als Materialsammlung für die agitatorischen tätigen gewerkschaftlichen Funktionäre zu dienen und das wichtigste zu bringen hat, was aus der Gesetzgebung, der Gesetzesauslegung und Gesetzesanwendung, aus der Arbeiterbewegung und Arbeiterbewegung, aus der Gewerkschaften von Interesse ist.

Deutscher Buchbinderverband (Hauptvorstand): Der Gewerkschaftskongress möge beschließen: Die Generalkommission wird beauftragt, durch ihre sozialpolitische Abteilung bei wichtigen, die Gewerkschaften interessierenden Tagesfragen schnellstens Denkschriften herauszugeben, die die Angriffe der Gegner der Gewerkschaften beleuchten und in zweckmäßiger Weise an Regierungen, Parlamente und an die Redaktionen der Arbeiterpresse gesandt werden.

Deutscher Buchbinderverband (Hauptvorstand): Der Gewerkschaftskongress möge beschließen: Die Generalkommission wird beauftragt, mit Rücksicht auf die großen Gefahren, welchen die Arbeiter durch die immer härtere Einführung der Maschinen

ausgesetzt ist, möglichst bald eine allgemeine Enquete über die Unfallgefahren in allen Berufen in die Wege zu leiten und das Ergebnis in Broschürenform zu veröffentlichen.

d) Genossenschaften.

Deutscher Bauarbeiterverband (Zweigverein Lübeck): Der Gewerkschaftskongress möge beschließen, daß die Arbeitsvermittlung in genossenschaftlichen Betrieben dem Gemeinut der organisierten Arbeiter ist und nicht mehr wie bisher, einzelnen Organisationen allein das Recht zusteht, offene Stellen zu besetzen.

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlst. Lübeck): Bei Einstellung von Hilfskräften in den Konsumvereinen und Genossenschaften sind sämtliche organisierten Arbeiter in den freien Gewerkschaften, sofern sie die Qualifikation zu den Posten besitzen, zu welchen sie verwendet werden sollen, zu berücksichtigen und einzustellen und nicht nur die, die im Deutschen Transportarbeiterverband organisiert sind.

Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Lübeck): Der Tarifvertrag, der zwischen dem Transportarbeiterverband und dem Zentralverband deutscher Konsumvereine besteht, ist dahin abzuändern, daß bei Neueinstellung auch andere freigeorganierte Arbeiter eingestellt werden können.

Deutscher Tabakarbeiterverband (Zahlst. Frankfurt a. M.): Der Kongress möge beschließen: Die Absätze 6-7 der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses werden solange außer Kraft gesetzt, bis die Genossenschaftsleitungen dieselben auch für sich als bindend anerkennen und sich verpflichten, den darin vorgeschriebenen Pflichten nachzukommen, wenn sie bei Abänderungen von bestehenden Arbeitsverhältnissen und Verträgen auf Widerstand bei den Arbeitern stoßen.

Deutscher Tabakarbeiterverband (Zahlst. Hohenheim): Der Gewerkschaftskongress möge beschließen, in der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses vom Jahre 1905 die Absätze 11 und 12 aufzuheben.

Punkt 3 der Tagesordnung.

Regulativ:

a) Allgemeines.

Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Düsseldorf): Die Gewerkschaften können auf 5000 Mitglieder einen Delegierten zum Gewerkschaftskongress wählen.

Verband der Fabrikarbeiter (Verwaltungsstelle Magdeburg): Der Gewerkschaftskongress möge beschließen: Gewerkschaften, die mehr als 75 000 Mitglieder zählen, müssen durch ein Mitglied ihrer Organisation in der Generalkommission vertreten sein. Die Zahl der Mitglieder der Generalkommission ist dementsprechend zu vermindern. Gewerkschaftsartikell Delmenhorst: Die Wahl der Delegierten ist nicht nach Verufen vorzunehmen, sondern es sind Wahlbezirke zu bilden, welche 8000 Mitglieder umfassen und somit für einen Bezirk ein Delegierter zu wählen ist. Die Wahl soll an einem von der Generalkommission bestimmten Tage nach einheitlichen Regeln vorgenommen werden.

b) Grenzfreizügigkeiten.

Deutscher Bauarbeiterverband (Zweigverein Augsburg): Der neunte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands möge beschließen, daß die Zentralverbände der Transport-, Brauerei-, Fabrik- und Holzarbeiter an ihre Zweigvereine die Anweisung hinaussenden wollen, die Resolution betreffs Grenzfreizügigkeiten vom sechsten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands und die Kartellverträge, welche die hier angeführten Organisationen mit dem Deutschen Bauarbeiterverband im Jahre 1911 und 1912 abgeschlossen haben, auch praktisch durchzuführen.

Deutscher Buchbinderverband (Hauptvorstand): Der Gewerkschaftskongress möge beschließen: Den Gewerkschaften wird empfohlen, die Uebertrittsbedingungen für die Mitglieder der angeschlossenen Gewerkschaften möglichst einheitlich zu regeln und die Kartellverträge für den Bezug von Unterhaltungen gleichmäßig zu gestalten, aber sie für noch näher zu bezeichnende Unterscheidungen ganz weglassen zu lassen; ferner zu erwägen, ob nicht während solcher Kartellzeiten die Unterhaltungsgebühr für die übergetretenen Mitglieder denjenigen Verbänden obliegen soll, die von den Uebergetretenen bis zum Uebertritt die Beiträge empfangen haben.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Hauptvorstand): Die durch die Vorstandskonferenz dem Kongress zu unterbreitende Resolution „B. Erleichterung von Grenzfreizügigkeiten“ ist einer Kommission zur Vorberatung zu unterbreiten. In einer Kommissionsberatung ist die Betriebsorganisation in die Resolution mit aufzunehmen.

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlst. Harburg): Der neunte deutsche Gewerkschaftskongress möge beschließen: In Erwägung, daß sich der Großbetrieb innerhalb der heutigen Produktionsweise zu immer größerer Bedeutung entwickelt und die fortwährende technische Entwicklung Verhältnisse schafft, die eine ständig zunehmende Interessensolidarität zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern erfordern, empfiehlt der neunte deutsche Gewerkschaftskongress, die Gewerkschaften zu großen leistungsfähigen Industrieverbänden, nach dem Grundsatz der Betriebsorganisation auszubauen. Die Generalkommission wird beauftragt, in diesem Sinne zu wirken.

Verband der Fabrikarbeiter (Verwaltungsstelle Hannover): Resolution. Die gewerkschaftliche Entwicklung vollzieht sich ununterbrochen in der Richtung des Zusammenflusses der Organisationen zu großen, leistungsfähigen Industrieverbänden. Als Grundlage für die Industrieverbände kann nur die Betriebsorganisation in Frage kommen. Es ist deshalb notwendig, daß alle in einem Betriebe beschäftigten Arbeiter (auch Handwerker) sich derjenigen Organisation anschließen, welche für die in Frage kommende Industrie als zuständig gilt. Dieser sich vollziehenden Entwicklung gilt es durch Kongress- und Konferenzbeschlüsse die Wege zu ebnen.

Verband der Fabrikarbeiter (Zahlst. Göttingen): Unterzeichnete Zahlstelle des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands ersucht den Kongress, dahin zu wirken, daß in Zukunft sämtliche Arbeiter und bestehende Organisationen in einem Arbeiterverband zu vereinen sind.

Gewerkschaftsartikell Gühr-Grenzhausen: Der Gewerkschaftskongress möge einen Industrieverband gründen, dem sich möglichst alle Zentralverbände anschließen haben.

Deutscher Tabakarbeiterverband (Verwaltungsstelle Nordhausen): Der Gewerkschaftskongress beauftragt die Generalkommission, mehr wie bisher die Zentralisation der verwandten Verbände zu Industrieverbänden zu fördern.

Deutscher Tabakarbeiterverband (Verwaltungsstelle Breslau): Der neunte Gewerkschaftskongress möge beschließen, daß alle an den Zigarettenmaschinen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Interesse der Schlagfertigkeit des Tabakarbeiterverbandes dem Deutschen Tabakarbeiterverband angehören müssen.

Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Dresden): Former und Gießereiarbeiter: Für die in Eisen-, Metall- und Zinnindustrie beschäftigten Former, Kernmacher, Fuher und Gießereiarbeiter ist nur der Deutsche Metallarbeiterverband zuständig. Anderen Organisationen ist jedwede Agitation unter dieser Berufsgruppe untersagt. Bereits in anderen Organisationen aufgenommen und in Gießereien beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen sind dem Deutschen Metallarbeiterverband zu überweisen, um dadurch eine einheitliche Interessenvertretung herbeizuführen.

Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Breslau): Maschinenarbeiter: Als allein zuständige Organisation für alle in Metall- und Maschinenindustrie beschäftigten Maschinenarbeiter und -arbeiterinnen gilt der Deutsche Metallarbeiterverband. Anderen Organisationen ist jedwede Agitation unter dieser Berufsgruppe untersagt. Bereits in anderen Organisationen aufgenommenen Maschinenarbeiter und -arbeiterinnen sind dem Deutschen Metallarbeiterverband zu überweisen, um damit eine gemeinschaftliche Interessenvertretung herbeizuführen.

Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Dresden): Zigarettenmaschinenführer: Die bei der Zigarettenproduktion benötigten Hilfskräfte, vor allen Dingen die den Zigarettenmaschinenführern und Mechanikern beigegebenen Hilfsarbeiterinnen gelten als Maschinenarbeiterinnen und sind dem Deutschen Metallarbeiterverband als Mitglieder zuzuführen.

Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Dresden): In Erwägung, daß sich die Entwicklung der Gewerkschaften ununterbrochen in der Richtung des Zusammenflusses zu

großen, leistungsfähigen Industrieverbänden vollzieht und in Erwägung der Tatsache, daß sich das Unternehmertum der Metallindustrie zu einer einheitlichen Organisation zusammengeschlossen hat, erklärt der neunte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands die zurecht in verschiedenen Groß- und Mittelbetrieben der Eisen- und Metallindustrie noch bestehende Zersplitterung der Metallarbeiter in verschiedenen Organisationen als nicht im Interesse der Arbeiter liegend. Er fordert daher die in Betracht kommenden Organisationen auf, die von ihnen als Mitglieder aufgenommenen Metallarbeiter oder die bei Berufswechsel in der nicht zuständigen Organisation gebliebenen Mitglieder an den Deutschen Metallarbeiterverband als die zuständige Organisation zu überweisen. Streitige Agitationsgebiete sind durch den Abschluß von Kartellverträgen zwischen dem Deutschen Metallarbeiterverband und den in Betracht kommenden Organisationen auf der Grundlage abzugrenzen, daß für die in der Eisen- und Metallindustrie beschäftigten betriebsfremden Arbeiter (Nichtmetallarbeiter) die für diesen Berufs- oder Industriezweig in Betracht kommende Organisation zuständig ist.

Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Düsseldorf): Drei Monate nach dem Uebergang zu einem anderen Beruf muß unbedingt der Uebertritt in die zuständige Organisation erfolgen. Im Weigerungsfalle hat die Organisation, der das Mitglied angehört, die Entgegennahme von Beiträgen zu verweigern.

Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Lübeck): Die Gewerkschaften sind verpflichtet, beim Uebertritt des Mitgliedsbuch an die Organisation abzugeben, zu der das Mitglied übergetreten will.

Deutscher Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Kiel): Der diesjährige Gewerkschaftskongress möge beschließen: Nur die der Zentralvermittlung angeschlossenen Gewerkschaften sind auf den deutschen Gewerkschaftskongressen zulässig. Mitglieder anderer Gewerkschaften, sobald sie 18 Wochen in einem Werkbetriebe arbeiten, haben zu den zuständigen Organisationen überzutreten.

Zentralverband der Steinarbeiter (Zahlst. Weidach): Schon seit mehreren Jahren treibt in den hiesigen Steinbruchbetrieben der Fabrikarbeiterverband Agitation. Es ist ihm auch gelungen, einige hundert Mitglieder aufzunehmen zu können. Die Zahlstelle Weidach erhebt Protest gegen eine solche Agitationsweise, denn in den Steinbruchbetrieben kann unmöglich der Fabrikarbeiterverband organisiert werden. Der Gewerkschaftskongress möge daher beschließen, daß sich der Fabrikarbeiterverband nicht an die Resolution des sechsten Gewerkschaftskongresses an halten hat. Als allein zuständige Organisation für die Arbeiter in der Steinindustrie ist nur der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands anzusehen; dem Fabrikarbeiterverband ist jede Agitation in den Steinbruchbetrieben zu untersagen.

Das Gewerkschaftsartikell zu Böhnen ersucht den Kongress, die Grenzfreizügigkeiten zwischen den freien Verbänden zu regeln, da in unserem Bezirk der Porzellanarbeiterverband sehr mit dem Fabrikarbeiterverband zu kämpfen hat.

Gewerkschaftsartikell Kolberg: Der Kongress möge beschließen: Zum Zweck der Befestigung von Grenzfreizügigkeiten müssen sämtliche Organisationen, die der Generalkommission angehören und soweit sie sich in Grenzfreizügigkeiten befinden, bis zum 1. Januar 1915 Kartellverträge abgeschlossen haben. Den Gewerkschaftsartikellen ist ein Exemplar des abgeschlossenen Vertrages von der Generalkommission zuzustellen. Alle Gewerkschaftsartikelle sind verpflichtet, am Orte eine Schiedskommission für Grenzfreizügigkeiten zu bilden. Die Regeln hierzu werden allgemein von der Generalkommission festgesetzt.

Es ist keiner Zentralorganisation gestattet, in anderen als den in ihrem Statut oder im Kartellvertrag genannten Berufen Agitation zu betreiben oder Lohnbewegungen zu führen. Jede Organisation hat unerbittlich oder nach Ablauf eventueller Kartellverträge alle die bei ihr Organisierten, soweit sie einer anderen Berufsorganisation angehören müssen, an diese abzugeben.

Gewerkschaftsartikell Rudolfsdorf: Die Grenzfreizügigkeiten innerhalb der Gewerkschaftsbewegung hindern die Agitation, besonders in den kleinen Orten, ganz gewaltig. Es darf aber niemals Sache der Gewerkschaftsartikelle sein, Grenzfreizügigkeiten anzusehen. (Soll wohl heißen: auszusuchen. Red.) Pflicht des Gewerkschaftskongresses ist es, Mittel und Wege zu suchen, die den Bruderkrieg unterbinden. Es dürfte sich empfehlen, ein Schiedsgericht einzusetzen, dessen Beschlüssen sich alle an die Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften zu fügen haben.

c) Streikunterstützung und Streikstatistik.

Zentralverband der Zimmerer (Zahlst. Braunschweig): In Anbetracht der immer engeren Zentralisation der deutschen Arbeitgeberverbände und deren Kampf- und Ausperrungsgeheimnisse möge der Kongress beschließen: Alle der Generalkommission angeschlossenen Organisationen haben auf ihren nächsten Verbandstagen eine Bestimmung im Statut aufzunehmen, wonach bei Ausschreibung von Extrabeiträgen durch die Generalkommission anlässlich großer Wirtschaftskämpfe jedes Mitglied entsprechend seinem Verdienst (pro Markt einen Pfennig) zu leisten hat. Die Extrabeiträge sind mit den laufenden Verbandbeiträgen durch Einheitsmarke zu quittieren.

d) Kartelle.

Gewerkschaftsartikell Kolberg: Der Kongress beschließt, den Organisationen zu empfehlen, in ihre Statuten aufzunehmen: Jede Zahlstelle, Filiale oder jeder Zweigverein hat sich dem örtlichen Gewerbeverein anzuschließen. Solange dieses nicht geschieht, ruhen die Vorrechte der Zahlstellen usw. an die Organisation.

Punkt 4 der Tagesordnung.

Die „Volksfürsorge“.

Gewerkschaftsartikell Marienwerder: Der Kongress möge beschließen, bei der „Volksfürsorge“ noch die Feuerversicherung einzuführen.

Punkt 11 der Tagesordnung.

Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Deutscher Holzarbeiterverband (Zahlst. Baugen): Der Gewerkschaftskongress möge die Zentralverbände der einzelnen Gewerkschaften beauftragen, eine Statistik darüber zu führen, wieviel den einzelnen Gewerkschaftsmitgliedern durch militärische Leistungen an Arbeitslohn verloren geht. Das gewonnene Material ist in der Agitation zu verwenden.

Deutscher Tabakarbeiterverband (Zahlst. Rottbühl): Der Gewerkschaftskongress möge beschließen, die Tabakarbeiter durch die Gewerkschaftsartikelle in ihren Lohn- und Tarifbewegungen mehr als bisher zu unterstützen.

Deutscher Tabakarbeiterverband (Zahlst. Dahme, Mark): Der neunte Gewerkschaftskongress möge beschließen, daß die Mitglieder der Gewerkschaften ihren Bedarf an Zigaretten usw. nur von Genossenschaften und Händlern decken, die ihre Waren von Firmen beziehen, die mit dem Deutschen Tabakarbeiterverband einen Kartellvertrag abgeschlossen haben. Den Delegierten des Gewerkschaftskongresses wird es zur Pflicht gemacht, überall in ihren Gewerkschaften dafür Propaganda zu machen.

Deutscher Tabakarbeiterverband (Zahlst. Schwiebus): Der Gewerkschaftskongress möge dahin wirken, daß in den Arbeiterzeitungen, wie z. B. „Wahrer Jakob“, Arbeiter-Magazin und wie sie alle heißen, keine Reklameannoncen der Zigarettenfabrikanten aufgenommen werden sollen, welche keinen Tarif mit dem Deutschen Tabakarbeiterverband abgeschlossen haben.

Deutscher Metallarbeiterverband (Zahlst. Wolfenbüttel): Der Gewerkschaftskongress in München möge die Maßfeier so festlegen, daß es auch den Arbeitern möglich ist, den 1. Mai zu feiern, andernfalls auch die angestellten Beamten zu arbeiten haben.

Gewerkschaftsartikell Gernsleben: beantragt, das Mainarbeitsheim zur Unterstützung der Maiausgeperrten eingezogen zu lassen und dafür Extrabeiträge von 5 Pf. pro Mitglied und Monat einzuführen. Diese Gelder sind in den einzelnen Orten an das Kartell und von diesem an die Generalkommission abzuführen, von der der Fonds kostenlos verwaltet werden soll.

Gewerkschaftsartikell Kolberg: Der Kongress möge beschließen: Sämtliche Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse, soweit dieselben noch Gültigkeit haben, sind der schnellen und besseren Uebersicht halber von der Generalkommission zusammenzustellen und den Gewerkschaftsartikellen zum Selbstkostenpreise zur Verfügung zu stellen.

Gewerkschaftsartikell Marienwerder: Die Generalkommission soll die Protokolle der ersten Kongresse gratis an die Kartelle liefern.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Zollpolitik des „allchristlichen“ Zentrums.

Die ultramontane „Weltfällige“ Volkszeitung vom 30. Mai berichtet über die Zollpolitik des Zentrums. Im ganzen Betrag der Heberhöhung an Steuern von 1908—1913 nach den amtlichen statistischen Quellen (monatliche Nachweise über den auswärtigen Handel) 228 Millionen Taler. Die Einfuhrsteuern, durch die überhaupt die Ausfuhr dieser Waren erst bewerkstelligt werden konnte, kamen der Reichskasse bei einem Zollfuß von 50 Mark pro Tonne demnach auf 114 Millionen Taler zu stehen. Diese Summe ist einbarer Aufschub der Reichskasse an die Zollgenossen der Zollgenossen, ohne den die heutige Einrichtung des Zolls und der Einfuhrsteuern auf Steuern überhaupt unmöglich wäre. Da der Mehraufschlag keine Einfuhr von Waren gegenübersteht, muß die Reichskasse sehen, wo sie das Geld für diese Einfuhrsteuern hernimmt, aus den Einnahmen der anderen Zölle oder sonst woher.

Daß der W. Glabacher Schwindler die alte Ausrede bringt, daß sein Geschäft niemals einen Einfuhrsteuern bekomme, zeigt nur, daß seine Sache mehr als faul ist. Gewiß bleiben die Einfuhrsteuern in den Händen der Zollgenossen. Aber gerade die Einfuhr der Zollgenossen bewirkt eine Verringerung des Angebots im Inlande. Dadurch steigt der Preis so hoch, daß zum mindesten der Zoll im Preis zum Ausdruck kommt. Je mehr der Zollgenosse an dieser künstlichen Ausfuhr verdient, desto höhere Preise können die Zollgenossen für das Zollgut erzielen. Das Interesse von Zollgenossen und Produzenten ist nicht, wie der Schwindler es gern darstellen möchte, entgegengesetzt, sondern in der Frage der Einfuhrsteuern sind sie ein Herz und eine Seele. Zum Schluß gibt der W. Glabacher überdies noch an, daß die Zollgenossen beim Zollgenossen infolge der Einfuhrsteuern unattraktiv geworden sind. „Daß eine Einschränkung des Zollgenossen... geboten und notwendig ist, haben wir schon immer betont.“ Aber wie die Herren „Christen“ das durchzuführen wollen, bleibt ihr Geheimnis. Denn auf den fortwährenden Antrag Ablass, der gerade das bewirkt, was sie eigentlich haben wollen, möchten sie sich um keinen Preis festlegen, weil der Antrag vom Zentrum im Jahre 1909 niedergestimmt worden ist. So tritt ihre Heuchelei klar zutage. Vor den Arbeitern wird zu deren Verführung ganz leicht an den Einfuhrsteuern Kritik geübt, aber die gesellschaftlichen Maßnahmen, die diese Zustände ändern würden — werden mit Mühsal auf die allgemeine Zentrumspolitik mit Stillschweigen übergegangen.

Da die W. Glabacher Herren so schön auf unsere Kritik eingehen, wollen wir auch noch weiter ihnen das Schandenregister der Zollgenossen vorhalten. Nicht bloß die gesamte inländische Produktion von Waren, nein auch alle anderen notwendigen Lebensmittel werden ungeheuer verteuert. Die enormen Summen, um die es sich dabei handelt, werden, wie jeder aus Professor Brentanos Buch über die deutschen Zollgenossen erkennen kann, durch ganz einfache Nachbegründung aus unbestrittenen amtlichen Ziffern festgestellt. In den Jahren 1907—1913 betrug die Verteuerung in Millionen Mark:

	zugunsten der Reichskasse	zugunsten der Agrarier	Insgesamt
bei Weizen	608,0	1178,9	1787,8
Roggen	17,2	2591,9	
Zusatz des Zolls zu den Einfuhrsteuern	—	114,0	2728,1
bei Hafer	38,0	2104,8	
Zusatz zu den Ein- fuhrsteuern	—	18,7	2216,5
Zusammen	659,1	6068,3	6727,4

In diesen Zahlen ist schon alles reichlich abgerechnet, was die Agrarier selbst an Getreide verzehren, die obigen Ziffern stellen also die reine Verteuerung der Konsumenten dar, von der die Arbeiter am meisten getroffen werden, einmal weil sie die große Mehrheit im Volke bilden und zweitens, weil in der Arbeiterfamilie das meiste Brot gegessen wird.

Der ganze Rohwerts der Kornzölle mit ihrer Verteuerung von mehr als 6½ Tausend Millionen Mark kommt dadurch zum Ausdruck, daß auf 1000 Mark, die in die Reichskasse hineinkommen, 102,00 Mark in die Tasche Privater, der Agrarier und der Zollgenossen hineinfließen. Das gibt eine rechte Vorstellung, wieviel die Arbeiter von ihrem hart erarbeiteten Lohne den Agrariern noch abgeben müssen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Der deutsche Landarbeiterverband im Jahre 1913.

Der Landarbeiterverband hatte am Schlusse des Jahres 1913 wieder einen erheblichen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen, trotz des verschärften Kampfes seiner Gegner. Die Bekämpfung des Verbandes wurde in zwei Konferenzen im preussischen Abgeordnetenhaus im Beisein der preussischen Regierung, von Vertretern des preussischen Landesökonomikollégiums, des Bundes der Landwirte, des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, des Deutschen Arbeiterbundes, der „christlichen“ Gewerkschaften und einer Reihe weiterer arbeitgeberfeindlicher Vereine eingeleitet. Der Bund der Landwirte hat dann eine Beobachtungsstelle eingerichtet mit der Aufgabe, jede irgendwie bemerkbare Tätigkeit des Verbandes, vor allem die Zeitung, zu überwachen und gegebenenfalls sofort die geeigneten Schritte einzuleiten. Die Organisation der Landarbeiter hat sich jedoch in den seitlich agitatorisch bearbeiteten Gebieten so fest eingelebt, daß trotz der vereinzelten Gegner, aber vielleicht gerade deshalb, ein weiteres Ansteigen der Mitgliedszahl zu verzeichnen ist. Ein weiterer Umstand, der da und dort vielleicht als ein großes Hemmnis der weiteren Ausbreitung sich entgegenstellen könnte, war die auf der letzten Generalversammlung beschlossene Beschränkung des niedrigen Monatsbeitrages von 30 Pf. Der in einigen Orten hierauf zurückzuführende Rückgang ist wieder ausgeglichen worden.

Die Mitgliedszahl stieg von 18 157 (darunter 742 weibliche) im Jahre 1912 auf 20 267 (darunter 884 weibliche) im Jahre 1913. Die Mitglieder verteilen sich auf 555 Ortsgruppen. Die Einnahmen an Beiträgen stiegen von 82 047 M. im Jahre 1912 auf 100 095 M. im Jahre 1913. Unter den Ausgaben figurieren für Krankenunterstützung im Jahre 1912 die Summe von 12 029 M., im Jahre 1913 die Summe von 20 373. Der Reichsschutz erforderte an Unfalls- und Gerichts- kosten 3880 M. im Jahre 1912 und 7040 M. im Jahre 1913. Für die Verbandszeitung wurden 1912 ausgegeben 10 970 M., und 1913 der Betrag von 12 516 M. Erheblich sind die Summen, die von den Ortsgruppen direkt ausgegeben wurden, ebenso die Beträge für Sterbegeld, Maßregelungsunterstützung und für Lohnbewegungen.

Die Zahl der durchgeführten Lohnbewegungen ist im Jahre 1913 erheblich gestiegen, ebenso auch die Summe der Erfolge, die meist in Erhöhungen des Wochenlohnes und in Verkürzung der Arbeitszeit bestanden. Zu einem großen Teil wurden diese Erfolge erzielt beim Ablauf des Arbeitsvertrages, zu einem Teil jedoch waren Arbeits-einstellungen nötig, um die Unternehmer zum Nachgeben zu zwingen.

Die am meisten in Anspruch genommene Einrichtung des Verbandes, der freie Rechtschutz, erforderte in den Jahren 1912/13 ein Eingreifen in 1366 Fällen. Davon entfielen auf Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis 917, Strafsachen 111, Unfallversicherung 141, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung 88, Krankenversicherung 41 und andere Rechtsgebiete 70 Fälle. Voller Rechtschutz mit Übernahme der Kosten und freier Durchführung des Prozesses erfolgte in 832 Fällen, während in 534 Fällen nur Rechtsantritt erteilt wurde. Mit Erfolg wurden Rechtsfälle in Arbeitsverhältnissen 264 durchgeführt, ohne Erfolg endeten 182 Fälle. In Strafsachen endeten mit Erfolg 8 Fälle, ohne Erfolg 29. In der Arbeiterversicherung endeten mit Erfolg 33 Fälle, ohne Erfolg 34, während in 56 Fällen wegen Unzuständigkeit eine Zurücknahme des Aktes vor dem Reichsver-

sicherungsamt erfolgen mußte. An barem Gelde wurde der Betrag von insgesamt 8882 M. ertüchtigt, und zwar entweder durch Klage oder im Vergleichswege. In einer Reihe weiterer Fälle wurden Deputate, die Ausfolgung von Zeugnissen usw. erzielt. Von den erfolgreich durchgeführten Arbeitsverhältnissen waren 182 bei Gericht anhängig, während 114 durch schriftliche Verhandlungen mit dem Unternehmer zum Erfolg geführt werden konnten. In allen vor Gericht durchgeführten Prozessen war stets ein Rechtsanwalt als Vertreter des klagenden oder beklagten Mitgliedes tätig.

Die unter den ungünstigsten Umständen erzielte Steigerung des Mitgliederbestandes ist die beste Gewähr dafür, daß der Organisationsgedanke unter den Land- und Forstarbeitern wächst und daß ihre Organisation auf dem besten Wege ist, ein würdiges und einflussreiches Glied in der modernen Arbeiterbewegung zu werden.

Katholische Arbeitervereine und Kartell der schaffenden Stände.

Auf dem im Mai in Vorken stattgefundenen Delegiertenkongress der katholischen Arbeitervereine des Bezirks Vorken-Mees sprach der Vorkener „Christliche“ Gewerkschaftssekretär Ditt über „Die neuesten Errungenschaften gegen die Sozialreform“, und der Bezirkspräsident, Kaplan Rodé von Vorken, über „Arbeitskraft und Mittelstand“. Was die beiden Redner nach dem Bericht des Vorkener „Vorkenblatt“ über das Kartell der schaffenden Arbeit sagten, ist interessant genug, nebenbeiher wiederzugeben zu werden.

Gewerkschafts-Generalsekretär Ditt: Bezirkspräsident des katholischen Arbeitervereins, Kaplan Rodé:

Demgegenüber (den Februar-erlassen des Jahres 1890) wurden vorwiegend in den letzten Jahren aus verschiedenen Lagern Stimmen gegen eine Fortführung der Sozialreform, ja für deren Abbruch laut, so im Zentralverband deutscher Industrieller, im Verein deutscher Arbeitgeberverbände, im Industriebund des Reichsbundes, im deutschen Handels- und Gewerbeverband, im sogenannten Kartell der schaffenden Arbeit usw. Die Stimmen verlangten namentlich eine Einschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter, ferner mehr Arbeitswilligkeit, Verbot des Streikpostens usw.

Daß innerhalb des Zentrums die Anschauungen über das Kartell gegen den schaffenden Stand auseinandergehen, ergibt sich aus der Zusammensetzung der „Vorkenpartei“. Mindestens aber sollte man meinen, daß die Arbeiter, die dem Zentrum angehören, sich über das Kartell gegen den Arbeiterstand im klaren sein müßten. Aber selbst bei ihnen herrscht Meinungsverschiedenheit. Die einen verlangen energische Bekämpfung der Bestrebungen des Kartells, die anderen folgen der Parole von Zentrumsführern, das Kartell nicht anzugreifen oder nur eine abmildernde Stellung ihm gegenüber einzunehmen. Von den Delegierten aber, die sich auf der Vorkener katholischen Arbeitertagung zusammensanden, kann man annehmen, daß sie beiden Meinungen, dem „Christlichen“ Gewerkschaftssekretär Ditt und dem Kaplan Rodé, katholischentgegenwärtig beistimmen, obwohl der letztere das Gegenteil von dem als richtig hinstellt, was der erstere als Wahrheit behauptet hatte. Zentrumsarbeiter können von ihren Führern alles geboten werden. Wie recht hatte doch der „Vorkenblatt“, als er schrieb: „Die Allchristlichen sind auch die Allverwundlichen!“

Die Gelben sind den „Christen“ ebenbürtig.

Auf die gelben und „Christlichen“ Arbeiterzeitschriften sehen alle Reaktionen und Scharfmacher ihre letzten Hoffnungen, deshalb fördern sie diese Arbeiterzeitschriften mit allen Mitteln, um mit ihnen die organisierte Arbeiterbewegung so gut es geht in Schach zu halten, ihre gerechten Forderungen niederzuschlagen und somit ihren Geldbeutel desto unerschütterlicher anzufassen. Vom Unternehmertumspunkt ist eine gelbe Bewegung neben der schwarzgelben von großer Bedeutung, denn je mehr Organisationen der Arbeiter sie gegeneinander auspielen können, um so besser für sie, und aus diesem Grunde haben sie auch kein Interesse daran, Frieden zwischen den von den Werkverwaltungen kontrollierten Gelben oder den von den Kaplänen geleiteten Schwarzgelben zu schaffen. Solange diese beiden Richtungen nur noch ein e r Front, d. h. gegen ihre freigezwungene Arbeiterbewegung, schlagen, kann man sie getrennt mardieren lassen, da sie dann um so sicherer nicht gegen das Unternehmertum angehen. Welche Richtungen dienen in gleich hohem Grade dem Unternehmertum, weshalb ihnen auch gleichmäßig die Gunst aller Arbeiterfeinde winkt. In Saarbrücken haben die Gelben am 24. Mai ihren 4. Kongress des Haupt-Ausschusses abgehalten, auf dem der Oberpräsident der Rheinprovinz und der Regierungspräsident von Trier durch den Ober-Regierungsrat von Dülberg vertreten war, die Stadt Saarbrücken hatte den Oberbürgermeister Wagnold entsandt, weiter waren vertreten: Generaldirektor, Kommerzienrat Weisendorff, Generaldirektor Müller, Gruben- und Hüttenbesitzer Dr. Köhling, General von Loeckel, Reichstagsabg. Waffermann, Professor Goerte. Die schlimmsten Hasser einer wirklichen Arbeiterorganisation und die lautesten Schreier nach Ausnahmestellung gegen die Arbeiterbewegung traten auf den Kongressen der Gelben und derselben Manager findet man bei den „Christen“ wieder. Auf ihren Kongressen in Dresden und Berlin hatten sich diese Arbeiter „Freunde“ in noch weit stärkerer Zahl eingefunden, jedoch der Geist ist derselbe: Kampf gegen die organisierte Arbeiterbewegung.

Die Gelben haben in Saarbrücken 140 000 Mitglieder an, wären also, wenn diese Zahlen stimmen, ziemlich so „stark“ wie die „Christen“, ein Beweis, daß der Terrorismus der Werkverwaltungen noch mehr „Werbekraft“ besitzt, als der Terrorismus der Kapläne. Im Ruhrgebiet sollen die Gelben unter den Bergarbeitern große Fortschritte gemacht haben und es gibt auch unter unseren Kameraden solche, die in den Gelben eine größere Gefahr für die Arbeiter erblicken, als in den „Christen“. Das ist falsch und ebenso falsch die Annahme von den großen Fortschritten der Gelben im Ruhrgebiet. Was sich heute in den gelben Werkvereinen sammelt, diese Elemente haben wir stets in der sogenannten Zechenpartei gehabt, aus der die Gemäßigten, mit denen die „Christen“ stets zusammen gegen uns gekämpft haben, entstanden. Die Zuwendungen, die die Zechen heute an die Gelben machen, haben sie früher an die zechenfreundlichen Knappenvereine gemacht. Diese Zechenknappen sind uns in allen Kämpfen in den Rücken gefallen und mehr können sie jetzt auch nicht und sie bekennen ehrlich, daß sie nichts als getreue Zechenknappen sein wollen. Anders die „Christlichen“, die in den Versammlungen sozialdemokratischer Neben halten, die Massen täuschen, in Wirklichkeit das selbe wollen, das selbe tun, wie die Gelben. Sie sind und bleiben die größten Arbeiterfeinde; die Gelben werden ihnen gegenüber stets nur die Windergefeindlichen bleiben.

„Christliche“ Gewerkschaften und Sozialdemokratie.

In einem Artikel im „Tag“ (Nr. 117) beschäftigt sich Dr. Julius Wachsmann mit den verflochtenen sozialen Wahlen. Er sucht an einigen Beispielen den Nachweis zu führen, daß die „christlichen“ Gewerkschaften bei diesen Wahlen der Sozialdemokratie (lies: freien Gewerkschaften) gegenüber gut abgeschnitten hätten.

Es ist richtig, daß an einigen Orten die „christlichen“ Gewerkschaften ziemlich gute Erfolge erzielt haben. Nur vergißt Dr. Julius Wachsmann hierfür die Gründe anzugeben. Wenn an einzelnen Orten die „Christen“ gut abgeschnitten, so nicht aus eigener Kraft. In allen Fällen hatten die „Christen“ mit Gelben und Schwarzgelben Bündnisse abgeschlossen. Diese „Siege“ den „christlichen“ Gewerkschaften zuschreiben, zeugt von wenig Bescheidenheit. Dann darf nicht vergessen werden, daß selbst Unternehmer Wahlarbeit zugunsten der „Christen“ leisteten und vor allen Dingen, daß die Dienstverpflichtungen gegen die freien Gewerkschaften aufgepeitscht wurden und daß hierbei die strupellosesten Mittel angewendet wurden, versteht sich von selbst. Die Unternehmer gaben Belegschaften und Wahlgeher her und so ist es gekommen, daß in einigen Städten diese Unbesonnenheit über die freien Verbände siegte. Bei den Vorstandswahlen in den Kantonskassen löschten die „christlichen“ Gewerkschaften mit den Arbeitgebern gleichfalls förmliche Bündnisse ab, nur zu dem Zweck, um Mandate zu gewinnen. Die Wahrung der Arbeiterinteressen stand auf einem anderen Blatte; wenn man an sie bei den Wahlen gedacht hätte, müßte man solche Bündnisse ablehnen. Aber die Gewerkschaften

stehen um Unternehmerhilfe und erklärten, daß die Wahl von „christlichen“ Arbeitervertretern im Interesse der Arbeitgeber gelegen sei. So, Herr Wachsmann, kamen an einzelnen Orten die „Siege“ der „christlichen“ Gewerkschaften zustande!

Herr Wachsmann schreibt weiter:

„Der Nichtungseffekt, welcher diese Wahlen beherrscht, ist vor allem in den Beziehungen: christliche Gewerkschaften und freie Gewerkschaften ausgedrückt. Die christlichen Gewerkschaften sind keine ausdrücklich zur Bekämpfung der Sozialdemokratie geschaffene Organisation. Diejenigen, welche die christlichen Gewerkschaften lediglich und ausschließlich unter dem Gesichtspunkt würdigen, inwieweit sie der Sozialdemokratie Abbruch zu tun geeignet sind, werden der Aufgabe der christlichen Gewerkschaften nicht gerecht. Diese wollen dem „Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ nicht an die Seite treten, sie wollen zunächst die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft vertreten. Als ganz von selbst ergibt sich aus den sozialen Grundfragen der christlichen Gewerkschaften der Gegensatz gegen die Sozialdemokratie. Die christlichen Gewerkschaften können in einem Einzelfalle mit den der Sozialdemokratie nahestehenden freien Gewerkschaften zusammengehen — das ist geschehen und wird je nachdem auch wohl noch vielfach in Zukunft geschehen —, aber immer wieder trennen sich die Wege dieser beiden großen Organisationen, immer wieder stoßen sie feindselig aufeinander.“

Was Herr Wachsmann da geschrieben hat, glaubt er wohl selbst nicht. Die „christlichen“ Gewerkschaften sind zentrumsfeindlich ins Leben gerufen worden mit dem ausgesprochenen Zweck, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Das ist doch zu bekannt, um abgelehnt zu werden. Keine Nummer eines „christlichen“ Gewerkschaftsorgans erscheint, wo nicht der Kampf gegen die Sozialdemokratie in den Vordergrund gestellt wird. Ganz besonders in letzter Zeit, wo die „christlichen“ Gewerkschaften nach allen Seiten ausweichen, um Protestationen für sich zu erheben. Herr Stegerwald hat kürzlich noch in Vorkenburg ausgerufen, daß die Stunde gekommen ist, gegen die Sozialdemokratischen Massengewerkschaften zum Angriff überzugehen! Das heißt doch nichts weiter, als den bisher mit allen Mitteln der Hebertätigkeit geführten Kampf der „christlichen“ Gewerkschaften gegen die freien Verbände noch zu steigern! „Christliche“ Gewerkschaften und Reichsverband sind heute nicht mehr zu unterscheiden! Wenn es heute in verschiedenen Berufen noch zu gemeinsamen Aktionen der „christlichen“ und freien Organisationen bei Streiks und Lohnbewegungen kommt, dann liegt das ganz gewiß wenig im Willen der Führer der „christlichen“ Gewerkschaften. Dafür liegen ja aus den letzten Jahren übergenug Beispiele vor. Auch in solchen Berufen, wo bisher die beiden Richtungen gegenseitig einigermassen noch ausliefen, ist man christlichseits kräftig daran gegangen, dieses Verhältnis vollends in die Brüche gehen zu lassen. So stehen die Dinge, und nicht, wie Herr Wachsmann schreibt!

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Die private Lebensversicherung will nur gute Risiken.

Die Reform der Lebensversicherung, wie sie durch die „Vorken“-fürsorge“ wenigstens für die kleine Lebensversicherung durchgeführt wird, zeigt sich immer deutlicher als eine dringende soziale Notwendigkeit. Die privaten Gesellschaften, die immer nur an ihren Profit, nie an die Versicherten denken, haben nicht nur ihre Tarife so ausgestellt, daß neben einem genügenden Millionengewinn auch noch genügend Tantiemen blieben, sie haben sich auch für die schlechteren Risiken besonders begünstigt. So macht jetzt z. B. die große und reiche „Victoria“ bekannt, daß sie des größeren Risikos wegen Speisewagen- und Schlafwagenbeamte überhaupt nicht mehr in Versicherung nimmt und Straßenbahnner nur noch gegen Zahlung der dreifachen Prämie!

Und das trotz sicherer jährlicher Millionengewinne! Die „Vorken“-fürsorge“ betrachtet es als eine Pflicht sozialer Gerechtigkeit, die Arbeiter, welche selbst ihr Leben täglich einem größeren Risiko aussetzen müssen, nicht noch besonders zu schröpfen und hat deshalb auf Risikounterschiede verzichtet!

Produzent und Konsument.

Es ist eine ganz falsche Methode, dem Arbeiter als Konsumenten helfen zu wollen, statt ihm auf der Seite zu helfen, wo ihn wirklich der Schuß drückt, nämlich als Produzent. Dieser Sachverhalt hat auf das Denken der Arbeiter lange Zeit seine Wirkung ausgeübt. Wenn auch die Konsumgenossenschaften in Deutschland keine ganz junge Erscheinung sind, so gehört doch die Konsumgenossenschaftsbewegung als eine Ungelegenheit breiter Volksmassen der neueren Geschichte an. Der Sachverhalt entfaltet im besten Falle nur eine halbe Wahrheit. Als Produzent, als Verkäufer seiner Ware Arbeitskraft, steht der Arbeiter als Einzelwesen der ungeheuren Macht des Kapitalismus gegenüber. Nur die Zusammenfassung der zersplitterten Kräfte der Arbeiter vermag den so notwendigen Ausgleich zu schaffen. Läßt er sich überfallen, als er den Sachverhalt, daß der Arbeiter ein Doppelwesen ist, der nicht nur Ware herstellt, sondern auch Waren kaufen muß, die er zu seinem eigenen und seiner Familie Lebensunterhalt gebraucht. Bei diesem Warenkauf steht er wiederum als Einzelwesen der Macht des Kapitalismus gegenüber. Er ist in seinen beiden Eigenschaften als Hersteller und Käufer von Waren gegenüber dem Kapitalismus der schwächere Teil. Gelingt es dem Arbeiter dann, mit Hilfe starker Gewerkschaften höhere Löhne zu erkämpfen, hat er seine Lebenshaltung durch seine Gewerkschaftsarbeit erhöht, so hätte das Kapital doch noch die Möglichkeit, dem Arbeiter in seiner Eigenschaft als Warenkäufer alles oder einen Teil von dem zu nehmen, das es ihm als gewerkschaftlich organisierten Arbeiter geben mußte. Schwere erkämpfte Lohnverbesserungen können sehr leicht durch fortwährend steigende Warenpreise oder durch Verringerung der Warenqualität illusorisch gemacht werden. Was der gewerkschaftliche Kampf gewann, geht auf der anderen Seite durch Preistreiberien leicht wieder verloren. Daraus ergibt sich für einen denkenden Arbeiter ganz von selbst die unabwendbare Notwendigkeit, dem wirtschaftlichen Doppelcharakter seines eigenen Wesens Rechnung zu tragen. Der Warenkäufer in ihm verlangt gebieterisch die Konsumgenossenschaftliche Organisation. Gewerkschaften und Genossenschaften müssen sich eben ergänzen, wenn der Arbeiter von dem höheren Lohn Vorteil haben soll.

Die Mittel zur Preistreiberie sind vielfältiger Art. Im großen und im kleinen wirken stets Kräfte unabhängig darauf hin, die Kaufkraft des Geldes zu verringern. Jedenfalls ist die Verringerung der Kaufkraft des Geldes das endgültige Resultat mancher wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen. Der Arbeiter, der etwa seinen Wochenlohn von 25 Mark auf 30 Mark steigert, vermag doch nicht seine Lebenshaltung zu verbessern, wenn die Erhöhung der Lebensmittelpreise, der Preise für Kleidung und Wohnung um die Lohnerhöhung in die Höhe gehen. Hier hat eben die Arbeit jener Organisation einzusetzen, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Triebkraft aller Preiserhöhungen, den Profit, aufzusuchen. Die genossenschaftliche Arbeit kennt nicht den kapitalistischen Profit. Er ist bei der Festsetzung der Preise nicht beteiligt, wenn die Genossenschaft die Warenvermittlung übernommen hat. Diese kurze Erwägung müßte eigentlich jeden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter unerbittlich bestimmen, den Schritt zur Organisation der Arbeit ganz zu tun. Gewerkschaft und Genossenschaft gehören zusammen.

Internationale Rundschau.

Colorado.

Die Dörfer und Minen liegen einsam in den Bergen, den Rocky Mountains. Drei große und etwa 30 kleinere Gesellschaften teilen sich in die Ausbeutung der Kohlenfelder. Die drei größten sind die Rocky Mountain Fuel Co., die Colorado Fuel and Iron Co. und die Victor American Fuel Co. Mehrere Jahre zurück schon fand ein Streik der Bergarbeiter in Colorado statt. Er wurde gebrochen durch massenhaften Import von Griechen, Bulgaren, Slaven, Italienern und Mexikanern, für die damals besondere Streikbrecherkämpfe geschaffen wurden. Dieses sind nun die Streiker von heute. Dazu kommen die Veteranen aus dem Balkankriege. Die rein englisch sprechende Arbeitererschaft beträgt nur ca. 19 Prozent. Ein Jahr zurück, 1913, war die Zahl der fremden Bergarbeiter 25 000, mit ihren Familien einschließlich der Kampfabenteurer ca. 150 000 Köpfe. Der Distrikt war bisher nicht unionistisch, d. h. die „United Mine Workers“ war nicht

die führende Organisation. Die Untersuchungskommission hat den Durchschnittslohn auf 8,84 Dollar festgestellt und ebenso, daß der Lohn in den letzten Jahren um 80 Prozent, die Lebensmittelpreise aber um 80 Prozent gestiegen sind. Die Preise in den Städten sind exorbitant hoch. Die Arbeiter waren gezwungen, in den Geschäften zu kaufen, und so kam es, daß in manchen Kamps die Löhne nicht in Geld, sondern in Waren ausgezahlt wurden.

Die Forderungen der Arbeiter sind in sieben Punkten formuliert, dem Washingtoner Kongress überreicht worden: 1. Die Arbeiter sollen das Recht haben, den „check weigman“, der die Arbeiter anstellt, seines Amtes zu entheben, da zu viel Unregelmäßigkeiten vorkommen. 2. Die Arbeiter sollen das Recht haben, ihre Waren in jedem beliebigen Geschäft zu kaufen, und nicht, wie bisher, Kaufmann in den Geschäften. 3. Abhängige Lohnzahlung mit wöchentlichem Abzug des Gehalts. 4. Bessere Arbeitsbedingungen unter Tage. 5. Anerkennung der Organisation. 6. Allgemeine Lohnerhöhung um 10 Prozent. 7. Achtstundentag für sämtliche Arbeiter.

Die Unternehmer weigerten sich, mit den Abgeordneten der Organisation zu verhandeln und erklärten, daß sie in diesen keine Vertreter der Arbeiterorganisation hätten; sie wollten, wie bisher, nur mit dem „Executive-Committee“ verhandeln, das ungefähr die Stelle des Arbeiterausschusses vertritt. Sie erklärten, die erste und zweite Forderung sei gegenstandslos, weil den Arbeitern diese Rechte nie beschnitten worden seien. Die dritte Forderung sollte anerkannt werden. Die vierte Forderung wurde abgelehnt mit dem Hinweis auf das Gesetz des Staates Colorado, das entsprechende Schutzmaßnahmen vorsehe. Die fünfte wurde als unzulässig gestrichen. Die sechste, bezügliche die Arbeitsbedingungen, war schon lange beabsichtigt, bevor die Forderung eingebracht war, und die siebente Forderung wurde dem Gutdünken der Vergleiche überlassen. In der fünften Forderung scheiterten alle Einigungsversuche. Die „Executive-Committee“ lehnten zu den Verlegungsversammlungen zurück und am 27. September 1913 wurde der Generalstreik erklärt.

Die Gesellschaften engagierten eine ganze Armee von Grubenwächern zur Bewachung der Gruben. Die Agenten brachten ganze Eisenbahnhäuser voll von Wächern in die Kamps und hinter diesen kamen die Streikbrecher. Charakteristisch für die Beschaffenheit des Menschenmaterials ist folgendes verbürgtes Vorkommnis: Ein Eisenbahnhäuser voll Wächern kam in Trinidad, Colorado, an. Die Leute hatten fast alle im Balkankrieg gekämpft. Als sie am Bahnhof ausstiegen, entstand ein großes Durcheinander, weil keiner von den Agenten und Wächern bulgarisch verstand. Endlich sprang einer vor, der ein paar Worte radebrechen konnte, und rief auf bulgarisch das eine Wort „vojna“ (Krieg); und siehe, sofort formierten sich die Streikbrecher in Marschkolonnen; sie glaubten, es ginge um Krieg gegen die Türken! (Jetzt sind fast alle zu den Streikenden übergegangen.)

John D. Rockefeller jr., Sohn des Millionärs, depechierte nach Washington, daß er und seine Gesellschaft lieber handverlesen gehen wollten, als mit den Minern zu verhandeln. Jeder Wächter wurde mit einem Gewehr und Revolver bewaffnet. Die Maschinengewehre waren die besten, die die Fabrik liefern konnte, und die Bedienungsmannschaften dem robustesten Streikbrecherpaar entnommen. Die Streikzone wurde unter Artilleriegeschütz gestellt und das Kriegsrecht proklamiert. Die Kämpfe um das Streikfeld bei Ludlow gaben den Anlaß der ersten Phase, und als sich durch das Eintreffen und die Untersuchung der Kongreßabgeordneten die Gemüter kaum etwas beruhigt hatten, gab die Niederbrennung desselben Kamps durch die Milizionäre wieder den Anlaß zu den letzten Missetaten. Nach amtlicher Feststellung ist die Zahl der seit 23. September 1913 Getöteten 116, allein in der Woche vom 4. bis 11. April 60 Personen.

Die Kosten dieses Arbeiterkrieges hat das Statistische Amt bis jetzt auf 15 000 000 Dollars berechnet. Sie verteilen sich nach der Verzehrung wie folgt: Bergbauergesellschaften 4 500 000 Doll., Eisenbahngesellschaften 5 000 000 Doll., Kaufleute und Miner 5 000 000 Doll.

Die Befehle durch reguläre Truppen der Armee der Vereinigten Staaten hat wieder die Mäße hergesteuert. Aber darum ist der Streik noch lange nicht gestillt. Zu viel Arbeiterblut ist geflossen. Unter der Mäße glimmt noch immer das Feuer des Hasses und mächtiger Weise bringt uns die nächste Zeit ein neues Abschlachten zwischen Marins.

Ueber die Tätigkeit der Untersuchungskommission

berichtet die New-Yorker „Volkzeitung“:

Die Neuzeitagenturen berichten mit großer Breite über die kriegsgerichtliche Untersuchung gegen die Milizen in Denver, welche in Ludlow sich der bekannten Schießereien sogar gegen die Frauen und Kinder der streikenden Bergleute schuldig machten.

Die Feststellungen vor dem Kriegsgericht sind bis jetzt zwar solche, daß sie in der Hauptsache die Miliz und ihre Offiziere belasten. Man kann sich aber darauf verlassen, daß die Entlastungszeugen das Blaue vom Himmel herunter schwärzen werden, und die Staatsanwälte und ihre Führer reinzuwaschen. Den brutalen Verbrechern in der Miliz wird nichts geschehen. Diese bewaffneten Horden sind die Stützen der herrschenden Gesellschaft. Sie müssen unter allen Umständen gereinigt aus der Untersuchung hervorgehen. Die Aufrechterhaltung des „Geheißes“, der „Ordnung“ fordert das. Die Arbeiter, welche die herrschende Wirtschaft „gefährden“, dürfen unter keinen Umständen recht erhalten. Was sollte aus der herrschenden Welt wohl werden, wenn man die Verteidiger dieser Welt gegen die ansturmenden Arbeiter verurteilen müßte?

Die herrschende Klasse ist sich wohl bewußt, was für sie auf dem Spiele steht. Eine Verurteilung der Miliz wegen ihrer Mordtaten würde bedeuten, daß die Arbeiter von Colorado recht haben, als sie die Waffe zur Hand nahmen und als sie gegen die Brutalität der gesetzlosen Ordnungswächter sich gewaltsam zur Wehr setzten. Eine solche Erhebung gegen „Geheiß“ und „Ordnung“ darf die kapitalistische Welt nicht dulden und darum wird jenen verbrecherischen Staatsmilizen und ihren Mordführern von ihrem Kriegsgericht nichts geschehen.

Die merkwürdig lebhafteste Berichterstattung über die Verhandlungen des Kriegsgerichts in Denver hat den Zweck, die öffentliche Meinung zu bearbeiten. Man will den Eindruck erwecken, als ob man beide Seiten der Kontroverse, die Milizen und die Arbeiter, wirklich unparteiisch behandelt. Dabei scheiden einerseits Rockefeller und Rockefeller ganz aus und durch „gerichtliche Feststellungen“ wird bewiesen, daß nicht die Milizen, sondern die Arbeiter die wirklich schuldigen sind. Wird doch jetzt schon berichtet, daß ein Zeuge „bezeugt“, daß bei Ludlow die Streiker den Kampf begannen, indem sie ohne irgend welche Provokation auf die Milizen schossen. Letztere sind also dadurch schon gerechtfertigt. Sie haben sich nur gegen — ungeheueren Angriff gewehrt. Das Kriegsgericht mußte erst die Basis schaffen, mußte erst die Tatsachen feststellen, auf die hin man sich dann ein Urteil bilden könne. Als ob in einer Sache, in der das Militär, in der die Offiziere, in der die Auftraggeber dieser Offiziere die Angeklagten sind, von einem Kriegsgericht die Wahrheit festgestellt werden würde!

Aber während das Kriegsgericht die gewünschten „Tatsachen“ schafft und während die Neuzeitagenturen und die bürgerliche Presse in bester Weise darüber berichten, wie „unparteiisch“ dieses Kriegsgericht die Sache führt und wie sehr es darauf erpicht ist, die „Wahrheit“ festzustellen, leidet die bürgerliche Gerechtigkeit in aller Stille Schritte ein, um die Arbeiter, die sich gegen die bestehende Ordnung der Dinge wandten, an den Galgen zu bringen. In einer kleinen Depeche ohne alle Einzelheiten wird aus Boulder in Colorado berichtet, daß gegen eine ganze Reihe von Streikern und Streikführern Verhaftungen erhoben worden sind. Des Todes im ersten Grade ist William Tiden, der Sekretär der „Colorado State Federation of Labor“, beschuldigt, ebenso drei oder vier weitere Gewerkschaftsbeamte. Der Mordverurteilung wird Edward L. Doyle, der Schatzmeister des Distrikts 15 der „United Mine Workers“, angeklagt. Im ganzen sind 50 Arbeiter mit Anklagen bedroht, auf denen die Todesstrafe steht. Und die Verhaftungen haben schon begonnen. Und weitere Anklagen werden folgen.

Die organisierte Arbeiterkraft und die sozialistische Partei unseres Landes haben einen furchtbaren Kampf vor sich. Es gilt, mit allen Mitteln jene Arbeiter vom Galgen zu retten, welche zur Verteidigung ihres Lebens und des Lebens ihrer Familie zur Waffe griffen. Vor allen Dingen müssen Mittel zur Verteidigung beschafft werden. Die „Volkzeitung“ eröffnet hiermit ihre Sammlung für den Verteidigungsfonds. Die deutschen Arbeiter und die deutschen Arbeiterorganisationen — davon sind wir überzeugt! — werden ihre Schuldigkeit tun.

Knapppflichtiges.

Allgemeiner Knapppflichtverein zur Befreiung der Krankenversicherung.

Der § 8 der Satzung des Allgemeinen Knapppflichtvereins Bochum sowie der § 178 der Reichsversicherungsordnung lautet:

„Auf seinen Antrag wird von dem Beitrittswort (zur Krankenkasse) befreit, wer auf die Dauer nur zu einem geringen Teile arbeitsfähig ist, solange der vorläufig unterstützungspflichtige Armenverband einverstanden ist.“

Bei der Beratung des § 178 wurde in der Reichstagskommission hervorgehoben, daß mit der Bestimmung des § 8a des früheren Krankenversicherungsgesetzes grober Mißbrauch getrieben worden sei. Der § 178 RVO. sollte also die wirtschaftlich Schwachen schützen.

Wie steht dieser Schutz aber in Wirklichkeit aus? Erinnert sei daran, daß die Gesetzgebung in Österreich bei der Einführung der neuen Satzungen einer großen Anzahl regelmäßig bei ihr arbeitenden Bergknappen Kündigte, damit diese Leute nicht etwa Mitglieder der Krankenkasse werden sollten. Der Armenverband Oberhausen hatte mit Recht die Zustimmung zu einer weiteren Befreiung von der Versicherungsspflicht abgelehnt. Der Allg. Knapppflichtverein weigert sich auch heute noch, Arbeiter in die Krankenkasse aufzunehmen, die blind sind, schlechte Zähne haben, an einer Verkrümmung des Rückgrats und entsprechenden Veränderung des Brustkorbes leiden, ein zu hohes Alter haben oder sonst nach Ansicht der Knapppflichtärzte nicht gesundheitsgemäß einwandfrei sind. Beachtet man hier, daß die Mehrzahl dieser „Befreiten“ ununterbrochen schwere Arbeiten (sogar als Kohlenhauer) schon lange Zeit verrichten, ohne krank zu werden! Manche dieser „Befreiten“ verdienen Löhne von 120—170 Mk. pro Monat.

Dabei sei noch auf ein ungeheürliches Verhalten des Allg. Knapppflichtvereins hingewiesen. Laut § 8 der Satzungen verlangt der Knapppflichtverein, daß die Befreiten keinen zur Arbeit zulassen, der nicht ein Gesundheitszeugnis vom Knapppflichtarzt beibringt. Diese Bestimmung ist unzulässig. Wir geben hier eine Entscheidung des Bayerischen Landesversicherungsamtes vom 20. November 1913 („Arbeiterverfugung“, 31. Jahrgang, Seite 14, Seite 320) wieder, die das ungeheuerliche Handeln des Knapppflichtvereins beweist:

„Ein Unternehmer hatte die Arbeitsuchenden vor ihrer Einstellung ärztlich untersuchen lassen und letztere von dem Ausfall der Untersuchung abhängig gemacht. Er hatte eine entsprechende Bestimmung in das Statut der Betriebskrankenkasse aufgenommen. Das bayerische Landesversicherungsamt hat diese Bestimmung für unzulässig erklärt.“

Gründe: Die, welche sich zum Eintritt in eine versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis melden, treten mit dieser Meldung allein noch nicht in ein Rechtsverhältnis zu der Betriebskrankenkasse. Diese kann daher über solche Personen keine Bestimmungen treffen. Selbstverständlich kann der Arbeitgeber die Personen, die sich bei ihm zur Arbeit gemeldet haben, vor der Einstellung ärztlich untersuchen lassen, aber dann muß er auch die Kosten tragen. Nun wird von dem Industriebesitzer geltend gemacht, daß die vor dem Engagement vorgenommene Untersuchung den zukünftigen Interessen der Krankenkasse dient, zugleich auch dem allgemeinen Zwecke der Krankheitsverhütung durch Verringerung der Ansteckungsgefahr. Dieser von dem Industriebesitzer heraus ist aber in vorliegendem Falle offenbar nur nebensächlicher Natur. — Die Untersuchung ist ja nicht nur auf ansteckende Krankheiten beschränkt, sondern der Hauptzweck der beabsichtigten Regelung liegt darin, daß künftighin alle Arbeiter, die infolge von Krankheit oder Krankheitsveranlagung ein schlechtes Mißverhältnis zu der Betriebskrankenkasse bilden, von vornherein von dem Mitgliedschaft begründenden Arbeitsverhältnis abgetrennt werden sollen. Dies mag für die Krankenkasse vorteilhaft sein, ist aber nicht mit dem Gesetz vereinbar. Denn würde eine derartige Praxis verallgemeinert, so wäre die Folge, daß kranke oder zu einer Krankheit neigende Personen in der Geltung versicherungspflichtiger Beschäftigung aus der Arbeiterbevölkerung wären. Weiterhin würden die allgemeinen Krankenkassen, denen die praktische Durchführung einer solchen Bestimmung nicht möglich wäre, mit allen schlechten Risiken belastet. Eine solche Regelung entspricht nicht dem dem Gesetz zugrunde liegenden sozialen Absichten.“

Der Allg. Knapppflichtverein läßt die neu eintretenden Arbeiter ärztlich untersuchen. Der Arbeiter hat dafür unentgeltlich 3 Mark zu zahlen, gleichgültig, ob er angelegt wird oder nicht. Weitere drei Mark hat er für die „Munsteruntersuchung“ zu zahlen. Um die Frage zu klären, ob der Arbeiter wirklich die Kosten für die Untersuchung zu tragen hat, wurde in einem Falle das Knapppflicht-Oberbergamt in Dortmund angerufen. Der Arbeiter hatte seit Januar 1913 auf einer Zeche als Maurer gearbeitet. Er verlangte Aufnahme in die Krankenkasse, da er völlig arbeitsfähig sei, und, ohne krank zu sein, über ein Jahr lang regelmäßig gearbeitet und 5 bis 5,50 Mk. pro Schicht verdient habe. Der Knapppflichtverein gab dem Manne auf, ein Gesundheitszeugnis beizubringen. Dies wurde abgelehnt unter Hinweis auf § 8 der Satzungen, worin es heißt: „Mitglieder der Krankenkasse sind, ohne daß es einer Beitrittserklärung bedarf, die im Betriebe eines Vereinswerkes gegen Entgelt beschäftigten Arbeiter, mit Ausnahme der unzulässigen Beschäftigten.“ Das Knapppflicht-Oberbergamt hat die Berufung abgewiesen. Es sagt, der Knapppflichtverein habe recht gehandelt, weil es Sache des Arbeiters wäre, nachzuweisen, daß er gesund und arbeitsfähig ist. Dieser Nachweis ist durch ärztliches Attest von einem Knapppflichtarzt zu führen.

Das Gericht hat die Forderung, daß der Mann schon ein Jahr und drei Monate lang ununterbrochen schwere Arbeit verrichtete, die nur ein krankenheiliger Mensch verrichten konnte und die an jeder anderen Stelle ohne weiteres als versicherungspflichtig gilt, völlig und absichtlich unbeachtet gelassen.

Leider kann eine höhere Instanz nicht angerufen werden. Es muß deshalb angekreht werden, die Bestimmung des § 8 Abs. 2 und den letzten Satz in Abs. 3 als gesetzwidrig aus der Satzung des Allg. Knapppflichtvereins Bochum zu entfernen, denn durch diesen Paragraphen werden den Bergleuten jährlich einige Hunderttausend Mark ungeheuerlicherweise abgenommen. (Die Untersuchung zu Zwecken der Pensionierung braucht hierbei nicht erwähnt zu werden.)

Die Arbeitervertreter im Allg. Knapppflichtverein haben beantragt, daß in Zukunft nur noch diejenigen Arbeiter von der Krankenversicherungspflicht zu befreien sind, die mehr als 66 2/3 Prozent erwerbsfähig sind, weiter ungelindert, bei denen nach erfolgter Feststellung noch kein Dauerzustand eingetreten ist. Die Werksbesitzer haben diesen Antrag abgelehnt und nun hat das Rgl. Oberbergamt zu entscheiden.

Wenn nun die Armenverbände einer weiteren Befreiung der in Betracht kommenden Arbeiter nicht zustimmen, werden die Zechen wahrscheinlich viele dieser erwerbsfähigen Arbeiter entlassen. Schon jetzt versuchen die Armenverbände, mit allen möglichen Mitteln, diese Leute los zu werden. So wurde von einer Armenverwaltung verlangt, daß der Arbeiter, welcher die Zustimmung zur Befreiung von der Krankenversicherung forderte, monatlich den Betrag von 15 Mark für die Dauer der Befreiung bei der Armenverwaltung hinterlegen solle. Von einem anderen Arbeiter wurde verlangt, daß sich Kinder oder andere Angehörige unterjährig verpflichten sollten, im Falle der Krankheit für den zu Befreienden aufzukommen. Anstatt energig gegen den Knapppflichtverein vorzugehen, versucht man wieder, alles auf die Arbeiter abzuwälzen.

Für einen Teil derjenigen Arbeiter, welche Arbeit auf einer Zeche nur nach Befreiung von der Krankenversicherungspflicht erhalten können, ist ein Weg gegeben, dennoch einer Krankenkasse anzugehören. Dieser Weg kommt auch für diejenigen in Frage, die jetzt Verwaltende werden. Der § 318 der Reichsversicherungsordnung und der § 12 des Allg. Knapppflichtvereins lautet:

„Schneidet ein Mitglied, das bei der Krankenkasse eines Knapppflichtvereins oder auf Grund der Reichsversicherung in den vorangegangenen 12 Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen beschäftigt war, aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung aus, so kann es in seiner Lohnstufe Mitglied bleiben, solange es sich regelmäßig im Inlande aufhält und nicht Mitglied einer anderen Knapppflicht- oder reichsgesetzlichen Krankenkasse wird; es kann in eine niedere Lohnstufe eintreten.“

Wer Mitglied bleiben will, muß es dem Vorstand binnen drei Wochen nach dem Ausscheiden, oder, falls das Mitglied arbeitsfähig ist und Kassenleistungen empfängt, nach Beendigung der Kassenleistungen anzeigen. Wer jedoch in der zweiten oder dritten dieser Wochen erkrankt, hat für diese Krankheit, vorbehaltlich des § 13, Anspruch auf die Kassenleistungen nur, wenn er die Angelegenheiten der Kasse der Kasse führt.

in der ersten Woche gemacht hat. Der Anzeiger steht es gleich, wenn in der gleichen Zeit die kassengemäßen Beiträge voll gezahlt werden. Mit Zustimmung des Oberbergamtsamtes kann die Zahlung längere Fristen bestimmen.

Die Mitgliedschaft erlischt, wenn dem Vorstand der Austritt angezeigt wird oder die Beiträge an zwei aufeinanderfolgenden Zahlungsterminen nicht geleistet werden und seit dem ersten dieser Tage mindestens vier Wochen vergangen sind.

Neueintretende können also, wenn sie nicht in die Krankenkasse des Allg. Knapppflichtvereins aufgenommen werden, Mitglieder ihrer bisherigen Kasse bleiben, müssen allerdings dort volle Beiträge zahlen. Dann wird es vorkommen, daß jemand Mitglied der Ortskasse, Betriebs- oder Zinnungs-Krankenkasse ist, dabei aber auf der Zeche arbeitet und dort vielleicht 8 bis 7 Mark verdient. Die schlechten Risiken werden dem Allg. Knapppflichtverein abgenommen, aber den anderen Kassen noch mehr aufgeschult.

Es kann nun eingewandt werden, daß die Arbeiter, welche Bergarbeit aufnehmen, nicht über die Mittel verfügen, um sofort für eine oder mehrere Wochen die vollen Beiträge an ihre bisherige Krankenkasse zu zahlen. Da müßte dann die Armenverwaltung eingreifen. Den Arbeitern, welche die Zustimmung zur Befreiung von der Krankenversicherungspflicht nachsuchen, soll zuerst gesagt werden, daß sie Mitglied ihrer bisherigen Kasse bleiben können, wenn sie dort die vollen Beiträge weiter zahlen; ist jemand dazu nicht in der Lage, so muß die betreffende Armenverwaltung für zwei Monate diese Beiträge einzahlen. Die Arbeiter können diese geringen Beträge, sobald sie Lohn tag haben, zurückzahlen, retten aber so ihre Krankenversicherung.

Mikände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zeche General. Die Lohnunterschiede sind hier außerordentlich groß. Wie wenig das in der verschiedenen Tätigkeit der Arbeiter begründet ist, zeigt die Tatsache, daß eine Kameradschaft von 12 Mann im Monat April 1914 Wagen stellen lieferte und darauf 5,24 Mark pro Schicht verdiente, eine andere Kameradschaft von 9 Mann lieferte nur 767 Wagen stellen und verdiente pro Schicht 8,10 Mk. Es soll damit nicht gesagt sein, daß letztere Kameradschaft weniger tüchtig ist. Der große Lohnunterschied liegt nicht in der Verschiedenheit der Leistung, sondern im Unterschied in der Höhe der Gebühre. Die Stelger, welche die Beschaffenheit der Verhältnisse am besten kennen, haben nichts zu sagen, das Gebühre wird vom Fährteiler W. gesagt, der aber bei Befragung der Arbeiter zu sagen pflegt: „Es tut mir ja selbst leid, daß ich so wenig verdient habe, ich weiß auch, daß ein Familienvater mit einem so niedrigen Lohn, wo alles so teuer ist, nicht auskommen kann, aber ich kann nichts daran ändern, das liegt am Betriebsführer.“ Die Arbeiterrede auf der vierten Schicht dürfte auch besser in Ordnung gehalten werden.

Zeche Holland III und IV. In der Woche vom 18. bis 23. Mai prangte hier ein Anschlag auf schwarzen Stein, wonach 14 Mann wegen Demolieren der Strahlblöcke mit je 6 Mark bestraft wurden. Wer diese Strahlblöcke demoliert hat und ob das mit Absicht geschah, ist nicht bewiesen. Es ist darum nicht recht, daß 14 Mann auf Grund eines Verdachts als Schädelschläger gebrandmarkt und mit so hohen Strafen belegt werden. Überhaupt sind verschiedene Beamte, besonders der Fährteiler R., schnell mit der Drohung bei der Hand: „Sie werden mit 3 oder 5 Mark bestraft!“ So schnell sind doch 3 und 5 Mark nicht verdient.

Zeche Humboldt. Hier führt Herr Westermann ein stammes Regiment. Jeden Morgen um 5 Uhr ist er schon auf der Zeche und inspiziert die Beamten und Arbeiter. In höchstgelegener Person nimmt er die Zeitschrift ab und achtet peinlich darauf, daß die Belegschaft früh genug hinunterkommt. Gegen die Maßnahmen, soweit sie sich auf Pünktlichkeit und Ordnung beziehen, läßt sich nichts einwenden, jedoch müßten wir ersuchen, daß auch des Mittags die Uhrzeit genau pünktlich beginnt und nicht erst 10 Minuten nach 2 Uhr der erste Rast abfährt. Weiter ersuchen wir Herrn Westermann, sich einmal des Mittags das Baden im Maschinenraum anzusehen. Wenn speziell der Maschinenraum den Verhältnissen auch nur einigermaßen entspräche, müßte er mindestens noch einmal so groß sein. Die pauc Brausen laufen zum Teil schlecht, so daß die Kameraden sehr häufig den Augenblick verpassen, wo sie unter eine dieser Tränkenbrüsen gelangen. Die Lohnverhältnisse lassen auch viel zu wünschen übrig; werden doch Hauerslöhne von knapp 5 Mark und darunter ausbezahlt. Als kurz vor Pfingsten eine Anzahl Kameraden — durch die ermäßigten Löhne — gezwungen waren, Vorruhe zu nehmen, gab der Herr Betriebsführer einigen davon den Rat, sich beim alten Verband Vorruhe zu holen. Hätte der Kamerad beim alten Verband gearbeitet, wäre ihm der schon verdiente Lohn nicht zurückgehalten worden.

Zeche Schlägel und Eisen V und VI. Berichtigung. In Nr. 10 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 9. Mai wird in einem Artikel unter der Überschrift: „Zeche Schlägel und Eisen V und VI“ über eine Belegschaftsversammlung berichtet. Der Artikel enthält mehrere Unrichtigkeiten. Es wird zunächst behauptet, daß aus der Untersuchungskasse nur Familien mit fünf oder mehr Kindern Unterstützung bei der Konfirmation oder Kommunion der Kinder erhalten. Wer weniger als fünf Kinder habe, bekomme nichts. Diese Behauptung ist unwar. Die Gewährung von Unterstützungen geschieht nicht nach festen Sätzen, sondern richtet sich lediglich nach der Bedürftigkeit der Antragsteller. Es wird auch bei Familien, die fünf oder weniger Kinder haben, Unterstützung genommen, falls Bedürftigkeit nachgewiesen wird. Auch in den letzten Jahren haben, ebenso wie in der Zeit, als noch Verbändler im Aufbruch waren, viele Familien bei zwei und drei Kindern dieselbe Unterstützung erhalten, wie bei vier und fünf Kindern. Zur Zeit, als Mitglieder des alten Verbandes im Aufbruch waren, sollen nach dem Artikel der „Bergarbeiter-Zeitung“ bei vorerwähnten Anlässen 3000 Mk. bewilligt worden sein. Das ist unrichtig. Im Jahre 1910 wurden aus Anlaß der Konfirmation bzw. Kommunion der Kinder 1145 Mk., 1911 2002 Mk. und in diesem Jahre 1463 Mk. gezahlt. — In dem Artikel wird ferner behauptet, besonders schlecht sei es hinsichtlich der Sicherheitszustände im Revier 5 bestellt zu sein. Im Stapel von Revier 5 sollen in letzter Zeit drei tödliche Unfälle vorgekommen sein. Auch das ist unwar. Der Stapel (4. Schicht, Hauptquerschlager Süden, Stapel für Flöz Zollverein 1, A und B) steht seit etwa 2 1/2 Jahren in Förderung; seit dieser Zeit ist in ihm überhaupt kein Unfall vorgekommen. Sämtliche Zugänge zum Fahrstuhl sind mit Barrieren ordnungsmäßig abgeschlossen, so daß sich die Anbringung von Fahrklappen erübrigt. Die Behauptung, die Fahrklappen lägen so voll von Steinen, daß ein Passieren des Fahrstuhls mit Lebensgefahr verbunden sei, ist auch nicht richtig. Die Leute, die den Fahrstuhl täglich mehrmals befahren (Schichtmeister, Spritzmeister), haben nach ihrer Aussage noch nie Grund zur Besorgnis gehabt. Der Stapel ist sehr druckhaft und erfordert ständig größere Reparaturen, so daß es sich beim besten Willen nicht vermeiden läßt, daß manchmal etwas Stein- und Kohlenklein auf die Wägen fällt, doch ist der Fahrstuhl dann nach Bedarf gereinigt worden. Verletzungen durch schlecht angelegten Verschlagdraht sind noch nie vorgekommen; auch sind die Stellen, wo sich der Draht mal gelöst hatte, wieder vorschriftsmäßig repariert worden. — Was die Verbestreden betrifft, so befinden sich diese in einem einwandfreien Zustande. — Zu den in dem Artikel erwähnten Pferdebahnunfällen ist zu bemerken, daß, wenn solche Unfälle bekannt wurden, die Täter jedesmal bestraft bzw. beim Gericht zur Anzeige gebracht worden sind. Hochachtungsvoll! Bergwerksgesellschaft Gibernia. Lindner.

Zeche Wilhelmine Victoria. „Muten Sie weiter“, rät der Obersteiger Pauli denjenigen Kumpeln, die nichts verdienen, deshalb im ewigen Quatemberfassen leben müssen. Eine Kameradschaft verdiente pro Schicht: Dezember 1913 3,61 Mk., Januar 1914 5,80 Mk., Februar 5,25 Mk., März 5,57 Mk., April 5,91 Mk. Da das Gebühre statt ausgebeizt, noch heruntergerechnet werden sollte, kündigten von der Kameradschaft sieben Mann, worauf der Obersteiger Pauli erwiderte, daß die Kameraden zur Zurücknahme der Kündigung bewegen wollten. Das hätte er leicht erreichen können, wenn er nur den Lohn aufbessern wollte. Aber das fiel ihm nicht ein, sondern als rechter Gemeinheitscham meinte er: „Ihr habt schon so lange gelutet, blutet noch weiter.“ Daß sich die Arbeiter schließlich auch verbluten, scheint dieser Gemeinheitscham gar nicht zu schaden, wenn nur die Aktionäre nicht zu bluten brauchen, ist alles in bester Ordnung. Unter der Kameradschaft befinden sich auch einige „Christliche“ Streikbrecher, die sich mehrfach rühmten, während des Streiks 1912 hohe Löhne verdient zu haben. Jetzt müssen sie mitbluten und zwar so gründlich, daß sie aufschreien. Erst jetzt sehen die Verbluten, daß die Tat der Fährteiler führt.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Gewerkschaft Bergarbeit (Schacht Franz Ott). Am 15. Mai haben hier von der etwa 200 Mann starken Bergarbeiter-Gewerkschaft etwa 50-60 Mann gefordert, ein Beweis, daß die Arbeiter nicht auf Rosen gebettet sind. Die Arbeiter müssen teilweise bis an die Knägel im Wasser stehen und arbeiten und verdienen dann im Schichtlohn 3 Mark pro Schicht. Viele Klagen werden auch darüber geführt, daß Kohlen nicht richtig sortiert werden und den Arbeitern oft viele Wagen fehlen. Auch über den Steiger Jäger wird geklagt. Nicht selten schreit er Arbeiter, die sich über irgend etwas beschwerten, an: „Mann, erlauben Sie einmal!“ und dann ist es vorbei, der Arbeiter kommt nicht mehr zu Wort. Wenn man diesen Steiger über seine Leistungen als Arbeiter reden hört, soll man annehmen, er habe Wäune anstreichen können. Es dürfte auch dafür gefordert werden, daß das Wasser in der Wäsche regelmäßig warm ist, wenn die Arbeiter aus der Grube kommen.

Hannover, Braunschweig, Hellen-Lippe.

Gewerkschaft Helling-Varnten. Wiederholt mußten wir uns an dieser Stelle mit den Zuständen auf diesem Werk beschäftigen, und schien es auch einige Zeit, als ob es besser werden sollte. Leider ist in letzter Zeit, dank der Laune der Arbeiter, dem Herrn Betriebsführer der Kamm wieder geschwollen, und damit die vielen Mißstände gewachsen. So müssen die Arbeiter während des Schließens im Schacht mit ihren durchdrungen und durchschwitzen Kleibern draußen im Wind und Weiter Kälte abgeben, wofür sie als Vergütung nichts als ein paar Pfennige bekommen, trotzdem sie bei der Teufelarbeit Gehilge haben. Im übrigen werden die Arbeiter zu Überstunden durch Drohung mit Entlassung gezwungen. Vor lauter Antreiberei scheint man keine Zeit zu haben, sich um die Sicherheit der Arbeiter im Schacht zu kümmern zu können. So ist das Kabel im Schacht mehrere Male um die Luftleitung geschlagen, so daß am Kabel sechs Mann ziehen müssen, um es hoch zu bekommen. Das ist leicht möglich ist, hierbei einmal die Luftleitung abzureißen und dann der ganze Kram im Schacht herunterfällt und die Arbeiter dadurch ihr Leben einbüßen können, davon scheint man keine Ahnung zu haben, obwohl dies unbedingt den Beamten bekannt sein müßte. Zur Abschaffung solcher Mißstände hat man aber keine Zeit, weil man die Arbeiter zu immer größeren Leistungen antreiben muß. Ganz besonders tut sich auch der Betriebsführer Kähne im Antreiben hervor, was wohl zu verstehen ist, wenn man bedenkt, daß man so einen jungen Menschen an solch verantwortungsvollen Posten stellt, wo doch in der Regel nur ältere erfahrene Arbeiter hingedrückt werden. Im sich bei der Verwaltung beliebt zu machen, müssen die Arbeiter, darunter solche, die gut sein werden, sich von ihm wie bunte Zungen behandeln lassen. Ein Arbeiter, der sich eine solche Behandlung nicht gefallen lassen wollte, wurde von K. wegen Frechheit beim Betriebsführer gemeldet. Der Arbeiter erwiderte, daß es nicht gerade von großen Pflichten bewußt sein genügt, wenn ein Betriebsführer sich während der Arbeitszeit hinlegt und schläft, anstatt die Arbeit zu überwachen. Aber der Arbeiter wurde bestraft und später auch noch von dem Betriebsführer körperlich mißhandelt. Wir meinen, ein Betriebsführer, der bei einem Betriebsführer solche Sachen durchgehen läßt, hat auch nicht das Recht, einen Arbeiter zu bestrafen. An den Arbeitern selbst aber liegt es, wenn sie sich eine solche Behandlung gefallen lassen; für sie trifft auch das Sprichwort zu: Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient.

Süddeutschland.

Erzbergerische Arbeiterzeitung. Zum ersten Male wurde in diesem Jahre in Pöngberg bei der „Erzbergerischen“ am Kar- und Pfingstfesttag Feierlichkeit eingelegt. Somit wurde an diesen Tagen um 2 Uhr Arbeitsruhe gemacht. Die Schichtarbeiter hatten dann den Vorzug, daß sie bei gleichem Lohn um einige Stunden früher zu ihrer Familie kamen. Diese Vergünstigung wurde den Arbeitern durch Einlegen von Beierschichten gedeutet, um den „armen“ Arbeiter einige Mark zu retten. Dieses Vorgehen zeigt den Arbeitern klar und deutlich, daß alles daran gesetzt wird, sie auf jede Art und Weise auszunutzen. Die Feierlichkeiten konnten genau so gut am Montag oder Dienstag eingelegt werden, wenn die Herren nicht die Mühsal hätten, jede Minute Arbeitszeit und Kraft des Arbeiters auszunutzen. Die Arbeiter hofften, an den Pfingsttagen einige Mark Geld zu haben, aber diese Freude sollte ihnen nicht vergönnt werden, denn der sonst gewöhnlich an jedem ersten des Monats ausgezahlte Vorschuß blieb aus. Kaumham gehört derselben Gesellschaft, dort wurde am Pfingstfesttag Vorschuß gezahlt. Den ganzen Monat Mai hindurch haben die Arbeiter schwer gekämpft, für ihre Leistung aber noch keinen Pfennig Geld erhalten. Erst am 2. Juni, also nach Pfingsten, wurde Vorschuß gezahlt. Gewiß ein „schöner Zug“ von den Herren. Auch sonst ist das Verhalten der Beamten bösehaftig. Neueste sich doch kürzlich Obersteiger Stengel beim Gedingmachen: „Wenn die Leute nicht wollen, dann kündigt man ihnen einfach den Urlaub, dann erhalten sie bis Oktober Urlaub.“ Dieser neugeborene Obersteiger ist allen Kameraden durch sein Geschrei als Steiger hinfänglich bekannt, jetzt fährt er noch lauter. Die Drohungen Stengels wurden auch schon ausgeführt. Erst kürzlich wurden Leute wegen angeblich schlechter Leistung in Urlaub geschickt. Bei einem Arbeiter ist der Urlaub wieder rückgängig gemacht, aber dafür wurde der „Begrabte“ über Tage am Straßenbau beschäftigt. Mit Hungerlöhnen, Drohungen und Urlaub sollen die Leute müde gemacht werden, und wer sich nicht fügen will, der fliegt. Leute, die in vorhergehenden Monaten einen angemessenen Verdienst erreichten, werden jetzt mit Hungerlöhnen nach Hause geschickt. Wer trägt aber daran die Schuld? Die Arbeiter sicherlich nicht, die gezwungen sind zu schuften, was in ihren Kräften steht, sondern die schlechten Arbeitsverhältnisse, was die Beamten aber nicht anerkennen wollen. Die Gedingmacher sind nicht schuld an der schlechten Bezahlung. Nebenbei nimmt es uns nicht wunder, wenn die Arbeiter so wenig verdienen, denn wenn schon die Beamten so schlecht bezahlt werden, daß ihre Frauen als Putzfrauen einem Nebenverdienst nachgehen, kann es für die Arbeiter nicht rasig stehen. Solange jedoch der feste Zusammenhang der Knappen, fehlt, solange werden unsere Klagen nicht vorzukommen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Kluger Imbush.

Dem „Bergknappen“ hat unsere kurze, aber durchaus zutreffende Beschreibung des Herrn Landtagsabgeordneten Imbush nicht, und so verfuhr er mit bekannter Frechheit nach M.-Gladbacher Christenmoral, den Spieß gegen uns umzudrehen und will nachweisen, daß wirklich geheime Verhandlungen zwischen Werksführern und Bergarbeitern stattgefunden, wir also gelogen hätten. So hat die „Kölnerische Zeitung“ vom 11. Oktober mitgeteilt, daß der sozialdemokratische alte Verband mit den Werksführern über Kompromißanträge verhandelt hätte und Gue habe am 10. Oktober in Gelsenkirchen gesagt:

„Die am 11. Oktober abgeschlossenen Verhandlungen seien monatelang geführt worden, selbstverständlich nach vorheriger Befragung der verantwortlichen und maßgebenden Stellen in der Organisation.“

Und auch die Essener „Arbeiterzeitung“ habe geschrieben, daß die Verhandlungen sich über ein halbes Jahr hinausgezogen und unzählige Sitzungen stattgefunden hätten. Wo und wann haben wir denn etwas anderes behauptet? In unserem Bericht über die Generalversammlung in Nr. 42 vom 18. Oktober v. J. haben wir die Worte des Herrn Dr. Weidmann, daß mit der Annahme des Kompromisses eine Länge und mühsame Arbeit zum Abschluß gekommen sei, an die Spitze gestellt und haben diese Worte besonders unterstrichen. Wir haben nie behauptet, daß lange Verhandlungen zwischen den gewählten Werksführern und Arbeitervertretern stattgefunden haben, aber wir haben auch nie zugegeben, daß diese Verhandlungen geheim geführt worden sind, sondern wie Gue — und auch andere — mit Recht betonten, nach vorheriger Befragung der verantwortlichen Stellen in der Organisation. Diese verantwortliche Stelle war ein nach mehreren hundert Personen zählender Kreis, eher zu groß als zu klein, und wenn die „Christen“ nicht in diesen Kreis hineingezogen wurden, so aus dem ganz einfachen Grunde, um die Knappheitsreform nicht kaputt zu machen. Für uns stand fest — und davon sind wir heute noch mehr überzeugt — daß mit dem Augenblick, wo die „Christen“ zur Teilnahme an diesen Verhandlungen herangezogen wurden, die Knappheitsreform als gescheitert galt, und da wir das Bestreben hatten, etwas Positives zu schaffen, mußten wir die Streikbrecher von 1912 beiseite lassen, mußten es verhindern, daß sie auch auf dem

Knappheitsgebiet die Bergarbeiter schwer schädigten. Hatten sie doch offen angekündigt, daß sie auf dem Knappheitsgebiet eben ebenso schaden Stief erlangen wollten, wie 1912 auf dem Wirtschaftsgelände. Bei Schaffung der Reichsversicherungsordnung hatten sie schon mehr als zureichend Schaden angerichtet, und da wir davon überzeugt sind, daß sie überall und bei jeder Gelegenheit die Bergarbeiter schädigen und verzerren müssen, schlossen wir sie im Interesse der Bergarbeiter von den Verhandlungen aus. Im Prozeß Gue ist vor Gericht der Nachweis erbracht, daß von „geheimen“ Verhandlungen so wenig die Rede sein kann, daß selbst das Gericht Gue wegen Verleumdung bestraft, weil er dasselbe behauptet hat, was „Wahrheits“-Imbush jetzt im Landtag nachgebetet hat.

Die Vertreter des Zentrums in unsere Verhandlungen einzuschleichen, dazu lag noch ein so weniger Grund vor, da doch die Zentrumsmitglieder mit den „liberalen“ Werksführern in den verschiedenen Ausschüssen sitzen, womit die dauernde Verbindung zu den geheimen Verhandlungen zwischen den Werksführern und dem Zentrumsgewerksverein hergestellt ist. So ist in der rheinischen Braunkohlenindustrie neben Herrn Dr. Weidmann der Zentrumsführer Trimborn-Köln im Ausschuss, und von Trimborn bis zu den „Christenführern“ ist der Weg wirklich nicht mehr weit. Der bekannte Zentrumsmitglied Wundt hat sich in mehreren Ausschüssen großindustrialier Werke, u. a. auch in der Rhön bei Oppenheim und Pönsberg. Der Zentrumsabgeordnete Wucher für Kaufbeuren sitzt in der Maschinenindustrie, während der bekannte Zentrums„sozialpolitischer“ Müller-Juba in der Lausitzer Braunkohlenindustrie im Ausschuss sitzt und großindustrielle Profitpolitik macht. In der Siegerländer Montanindustrie spielt der Weitzer der „Essener Volkszeitung“, Herr Wug, eine erste Geige, und so finden wir überall die Fäden zwischen Zentrumsführern und Großindustrie auf engste verbunden, unlösbar verknüpft, und da soll die Kerntruppe des Zentrums, die „christlichen“ Streikbrecherorganisationen, nicht über alles aufgefächert sein, was im Bergbau vorgeht! Herr Trimborn konnte die Streikbrecherführer ja täglich auf dem Laubenden halten, denn sein Ausschusskollege Dr. Weidmann, wird ihn über alles Wissenswertes informiert haben. Unsere Kameraden sitzen nicht in den Ausschüssen der großindustriellen Werke und Großbanken, sind nicht als Direktoren in Banken, Gruben- und Güterbetrieben angestellt, besitzen keine Rittergüter, wie die Genossen des Herrn Imbush und der anderen Streikbrecherorganisationen, sondern unsere Genossen und Kameraden sind arme Proleten, die täglich im Schacht einzufristen, die auch keinerlei gesellschaftlichen Verkehr und keine Verbindung mit den Werksführern haben. Für sie ist es gar nicht möglich, mit den Werksführern geheime Verhandlungen zu pflegen, das können und tun die Zentrumsvertreter.

Die freien Knechte.

Die Streikbrecherführer am ultramontanen „Bergknappen“ machen und schreiben nicht nur „göttliche Kommanden“, sie lassen sich außerdem auch noch solche „dichten“. Den „Wirtschaftskriegsblenden“, denen die „Christen“ erst die Bahn frei gemacht und wirtschaftskriegsblende Taten gelernt haben, widmet der „Bergknappe“ vom 6. Juni ein „wunderbares“ Gedicht, in dem der Dichter die Wesen mit den „Christlichen“ verwechselt. Er nennt sie eine Schleiermacher, voll Falschheit und Charakterlosigkeit heute noch unter Königs Selbste, konnte man sie morgen mit roten Ketten sehen. Diese Ketten verschmähnen die „Christen“, aber rote Ketten werden sie gerne einhängen „rote“ Lieder und verüben — gelbe Taten. Aber der „christliche Dichter“ nimmt seine Zeit auf die M.-Gladbacher — Gleichberechtigung an und verlangt „hier freie Herren, dort — ein freier Knecht!“ Das famose Gedicht hat unserem Postnachtsdienstagblätter von Postenbach so gut gefallen, daß er dem „Bergknappen“ „Dichter“ folgenden Poem widmet:

„Der Knecht ist, der soll es bleiben“
Zat Apostel Paulus schreiben:
Der Bischof Genie gab ihm Recht:
Wer Knecht ist, der soll bleiben Knecht.
Der „Bergknappe“ in Offen dann
Schleicht sich ihnen als dritter an.
Doch meint er es ja nicht so schlecht,
Denn was er will, ist — freier Knecht!
Dichtet er doch ohne Verstand
Den Kumpels überall im Land:
„Mehr Gegenfeitigkeit und volles Recht,
Lagt Vorurteil und falschen Argwohn schwinden:
Hier freier Herr und dort — ein freier Knecht.“
Aemer „Dichter“, hast vergessen:
Herren sind immer frei gewesen,
Doch freie Knechte trifft man an
In Offen auf der Schützenbahn!

Verichtigungen an die „Tremonia“.

Wochum, den 5. Juni 1914.

An den verantwortlichen Redakteur der „Tremonia“, Herrn Hermann Stahlschmidt, Dortmund, Postgasse 4.

In der Nr. 152, 2. Blatt der „Tremonia“ vom 5. Juni d. J. bringen Sie unter Stadtkreis Dortmund eine Notiz, betitelt: „Konkurrierende Eierkäufer“. Da diese Notiz in Bezug auf unseren Verband Unrichtigkeiten enthält, so bitten wir unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Verichtigung:

1. Es ist unwar, daß sich der sozialdemokratische Parteivorstand an die Gewerkschaftsleitungen gewandt und verlangt habe, daß die polnischen Gewerkschaftsbeamten und Angehörigen, die sich dem Zensur Beschluß nicht fügten, entlassen werden sollten und daß die Zeitung des Alten Bergarbeiterverbandes diesem Ersuchen prompt entsprochen habe.

2. Wahr ist aber, daß wir eine solche Aufforderung weder mündlich noch schriftlich erhalten haben. Wahr ist auch, daß wir von unseren polnischen Angehörigen nicht verlangt haben, dem Zensur Beschluß zu entsprechen, sondern daß die Entlassung von zwei polnischen Angehörigen unseres Verbandes nur erfolgt ist, weil sie für die Gründung einer besonders polnischen separatischen Organisation eintreten und agitierten.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. Aus dieser Verichtigung schlußfolgert die „Tremonia“, daß A. und B. entlassen worden seien, weil sie dem Beschluß des Zensur Parteitages zuwider handelten; dem Verbandsvorstande sei auch sehr gut bekannt, daß die Parteileitung ihr diesbezügliches Ersuchen indirekt durch die Generalkommission an die Gewerkschaften gerichtet habe. Unser Verbandsvorstand sandte daraufhin an die „Tremonia“ am 8. Juni folgende Verichtigung:

In der Nr. 155, zweites Blatt der „Tremonia“ vom 8. Juni bringen Sie unter Stadtkreis Dortmund eine Notiz, betitelt: „Konkurrierende Eierkäufer“, in welcher unsere Verichtigung vom 5. Juni niedergegeben wird. Im Anschluß an die Verichtigung enthält die Notiz in Bezug auf unseren Verband Unrichtigkeiten, die wir unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes wie folgt zu berichtigen bitten:

1. Es ist unwar, daß die beiden polnischen Angehörigen von uns entlassen sind, weil sie dem Zensur Beschluß zuwider handelten. Wahr ist, daß sie entlassen wurden, weil sie für die Gründung einer polnischen separatischen Gewerkschaft agitierten.

2. Es ist auch unwar, daß Parteitagsschlüsse für unseren Verband bindend sind und von uns ohne weiteres durchgeführt werden. Wahr ist, daß für unseren Verband und dessen Zeitung nur die Beschlüsse unserer Generalversammlungen und die der Gewerkschafts-kongresse maßgebend sind.

3. Es ist ferner unwar, daß die Parteileitung ihr Ersuchen indirekt über die Generalkommission an die Gewerkschaftsleitungen gerichtet habe und daß uns dieses bekannt sei.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Meister Röder „berichtigt“.

Nachdem der Herr Reichs-Tiele die Richtigkeit der von uns mitgeteilten Weerdigungsgebühren bestätigt hat, „berichtigt“ Meister Röder also:

„Ich ersuche Sie auf Grund des § 11 des Preßgesetzes, folgende Verichtigung in der nächsten Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen:

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ (Nr. 20 vom 16. Mai d. J.) bringt unter der Überschrift „Stiergeld und Weerdigungsgebühren“ einen Artikel, der sich auf mit meiner Person befaßt und meine beim Tode des Veramanns-Krang-Zaneck aufgestellte Rechnung für die Weerdigungsgebühren kritisiert.

Gegenüber den in dem Artikel aufgestellten Behauptungen erkläre ich folgendes:

1. Es ist unwar, daß die Reinigung der Leiche nicht durch mich erfolgt ist, das Gegenteil ist der Fall. Der Satz hierfür beträgt wie in den früheren Jahren 6 Mark.
2. Der Mehrpreis für den Sarg ergibt sich aus der vorherigen Abmachung mit der Witwe Zaneck, die einen besseren Sarg bestellte.
3. Der Mehrpreis für den Leichenwagen ist ebenfalls mit der Witwe vereinbart und dadurch entstanden, daß der Leichenwagen auf Veranlassung der Witwe 3 Stunden in Rietelshausen Aufenthalt hatte.
4. Die berechneten 5 Mark für Weerdigungsgänge sind auch in früheren Jahren gezahlt, und eine minimale Vergütung für meine Gelehrsamkeit.
5. Es ist unrichtig, daß ich als Zwischenhändler wirke, ich bin vielmehr selbständiger Schreinermeister.

V. A. Röder, Schreinermeister.

Diese „Berichtigung“ bestätigt nur die Richtigkeit unseres Artikels, und Herr Röder versucht die Sache anders darzustellen.

1. Wir haben nicht behauptet, daß die Leiche die Leiche gereinigt hat, sondern vermutet, weil wir nicht annehmen konnten, daß eine Leichenverwaltung einen in ihrem Betriebe üblich verunglückten Kameraden in Schmutz und Dreck liegen läßt. Soviel Weerdigungsgebühren wir seiner Leichenverwaltung zugestanden und können es trotz der „Berichtigung“ noch nicht glauben, daß die Verwaltung den toten Zaneck ungewaschen hat liegen lassen.

2. Haben wir nicht behauptet, daß die Frau mit dem Aufschlag von 10 Mark zum Sarg nicht einverstanden gewesen sei, sondern gesagt, daß dieser Aufschlag uns einfach unbegreiflich und ungerecht erscheint. Eine arme Frau, die am Sarge ihres Mannes steht, die mit einem Schlag alles verloren hat und vor Kummer und Gram fast vergehen möchte, ist schließlich mit allem einverstanden, sagt zu allem „ja“, ohne laun zu überlegen, was sie tut. Deshalb ist noch lange nicht alles recht getan, was mit ihrem Einverständnis geschah. Und wir bleiben dabei, daß es ein schreiendes Unrecht war, solche Summen der unglücklichen Frau abzunehmen, ob mit oder ohne ihr Einverständnis.

3. Die 5 Mark für Weerdigungsgänge seien früher auch gezahlt worden. Seit wann ist denn ein früheres Unrecht spätes Recht? Nicht darauf kommt es an, ob früher solche „minimalen Vergütungen“ gezahlt oder abverlangt wurden, sondern ob man tatsächlich Gänge gemacht hat, wofür und wie lange Zeit solche Gänge beansprucht.

4. Jagt Meister Röder, er sei selbständiger Schreinermeister. Wenn Herr Röder so gut versteht eine Zeitung richtig zu lesen, wie er es vorzüglich versteht, Rechnungen aufzustellen, hätte er sich den Satz wirklich gespart. Wir schreiben, die Leiche habe den Schreiner Röder zum Weerdigungs-3 zwischenhändler bestellt, nicht zum Zwischenhändler für Schreinerprobleme. Früher bestellten die Leichen solche Weerdigungen und dann liefen sich die Kosten auf 60-70 Mk., nachdem die Leiche die Weerdigungen einem Weerdigungs-zwischenhändler übertragen hat, sollen sie 125 Mark. Diesen Zwischenhändler haben wir kritisiert, und das mit Recht, denn die hierbei bluten müssen, sind die Kersten der Armen. Nebenbei: si tacuisse philosophus mansisset!

Aus dem Lager der päpstlich Gebuldeten.

Der Papst gegen die christlichen Gewerkschaften.

Am 27. Mai hat der Papst mehrere Kardinal-Kardinäle freier, darunter die Erzbischöfe von Köln und München, und hat diese dann in einer Ansprache aufgefordert, ihre mächtige Hilfe in den Dienst der Kirche zu stellen, um den Angriffen zu widerstehen, die nicht allein von den offenen Feinden erfolgten, sondern auch seitens ihrer Söhne. Unter diesen „Söhnen“ befinden sich selbstverständlich diejenigen Katholiken, die einen Bischof einen drolligen, weltfremden Fanatiker nannten und die wünschten, daß der Papst nur launig ginge! „Söhne“ solcher Art erzieht das M.-Gladbacher System. Dann sagte der Papst nach dem Bericht der „Kölnischen Volkszeitung“ (Nr. 481 vom 28. Mai):

„...Gegenwärtig suche man den Glauben mit dem modernen Geist in Einklang zu bringen. Dies könne ja bei demjenigen kein Glauben erregen, der sich der Kraft des Fortschritts und der Zivilisation rühme, die das weltliche Leben im Gegensatz zu dem der Kirche sicherten. Infolgedessen müsse sich die Kirche zur Wehr setzen. Man treffe jetzt Leute, welche die Wahrheit in Zweifel zögen und offensbare Zerstörer verbreiteten, die schon oft verurteilt worden seien. Inmitten so vieler Gefahren habe er niemals verjagt, das Leben vorzuzeichnen, das ein Christ führen solle, indem ich auf die Schäden hinwies. Aber mein Kares und beutliches Wort ist nicht immer vernommen und richtig ausgelegt worden. Im Gegenteil, die Zahl derjenigen ist nicht gering, die sich nicht vor willkürlicher Auslegung der Worte des Papstes scheuten haben. Predigt aller Welt und besonders den Gläubigen, daß nichts dem Herrn, und daher seinem Statthalter, so mißfällt, wie ein Zweifelhaft in der Lehre. Höret nie auf, zu wiederholen, daß, wenn der Papst die katholischen Vereinigungen liebt und gutheißt, welche auch das irdische Wohl zum Ziele haben, er immer eingeschärft hat, daß in ihnen das sittliche und religiöse Wohl oben stehen muß, und daß mit dem berechtigten, lobenswerten Streben, das das der Arbeiter und Landente zu verbessern, stets die Liebe der Gerechtigkeit und der Gebrauch zweckmäßiger Mittel verbunden sein muß, um die Einheit und den Frieden unter den verschiedenen Gesellschaftsklassen zu erhalten. Sagt es deutlich, daß die gemischten Vereinigungen, die Bündnisse mit Nichtkatholiken zum Zwecke des christlichen Wohls unter gewissen Bedingungen gestattet sind, aber daß der Papst jene Vereinigungen der Gläubigen vorzieht, welche unter Beistand aller menschlichen Mächte und mit tauben Ohren gegenüber jeglicher gegnerischen Schmeichelei oder Drohung sich um jene Fahne scharen, welche, so heiß umkritten sie auch ist, die Herrlichkeit und zukunftsreiche ist, weil sie die Fahne der Kirche ist.“

Der Papst verweist nach wie vor die „christlichen“ Gewerkschaften, aber von Religion versteht er nichts, diese verstehen nur die M.-Gladbacher Großklappen. Der Papst mag leben was er will, die „christlichen“ Gewerkschaften haben sich durch ihre Streikbrüche den Schutz der preussisch-deutschen Regierung gesichert.

Fürst Salm-Reiterhelfrich

auf der Wallfahrt für die „christlichen“ Gewerkschaften. Nun verstummt, ihr „Quertreiber“, denn ein leidenschaftlicher Fürst, dazu noch Zentrumsabgeordneter, ist nach Rom gepilgert und sendet den „Christen“ telegraphisch folgenden Trost:

„Rom, 2. Juni. Eben vom Heiligen Vater empfangen, bin ich glücklich, mitzuteilen, daß Seine Heiligkeit den katholischen Zentrums-wählern Dänen-Züchtigen seinen besondern Segen sendet. Ich hoffe, daß durch die ausdrückliche Erlaubnis des Eintrittes in die christlichen Gewerkschaften für die katholische Arbeiterkraft die Lage geklärt und der Friede dauernd gesichert ist.“ Fürst Salm.

Tadel von Kopp's Befehl zum Stegerwalischen „Christentum“.

Der Brief des Kardinals Georg Kopp vom 21. Januar 1914 an den Reichsgrafen Johann Oppersdorff liegt dem Kölner Regierungs-katholizismus schwer im Magen; denn dadurch wurde die ganze Grund-lage des Schöffengerichtsurteils im Kölner Gewerkschafts-Prozeß vom 21. Dezember 1913 umgestürzt. (Abt. schrieb die „Berliner Volkszeitung“: „Das Urteil gegen die „Bergarbeiter-Zeitung“ und gegen andere gewerkschaftliche und sozialdemokratische Blätter ist nicht mehr zu halten.“) Zu den Erklärungen, die Kopp in Gemeinschaft mit dem Bischof Schulte von Paderborn anlässlich des Essener Gewerkschaftskongresses vom 28. November 1912 dem General-sekretär Stegerwalb zur Verfügung gestellt hatte, erklärte Kopp öffentlich:

„Vor allem waren sie nicht nötig, da die Bestimmungen der Enghylla deutlich und klar genug sind. Sie waren unnötig, da die Führer der christlichen Gewerkschaften sie nur zu einer schamhaften Ablehnung benutzten. Endlich aber muß besonders hervorgehoben werden, daß es nicht Sache der Bischöfe ist, päpstliche Erlasse zu erläutern und auszuführen, sondern daß dieses Recht allein dem Heiligen Stuhle zusteht.“

Drei Monate nach Kardinal Kopp's Tod muß der zur publizistischen Unterstützung der „Kölner Richtung“ abkommandierte Dr. Baumgarten in Rom die „Aufsehen“ erregende Entee aufflatern lassen,

